

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

KOMMT ETWAS IN BEWEGUNG?



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Schilys Entwurf schafft noch kein demokratisches Staatsbürger-schaftsrecht	3
Polnische NS-Opfer verlangen Schadensersatz	5
IG-Metall-Kampagne für Ent-schädigung von Zwangsarbeitern .	5
Protest gegen Überwachung Rolf Gössners	5
Türkei: Hadep fordert Wahl-beobachter	6
Kurdische Totenfeier vom Stutt-garter Innenministerium verboten	7

Auslandsberichterstattung

Türkei: Gewerkschaften kämpfen um ihre Anerkennung	8
Baskenland: Unterstützung für Gefangene	8
Frankreich: Eine FN-Spaltung ist sicher	9
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Essen: Erfolg für Mietervereine ..	13
Nord-Süd-Solidarität: Kampagne	13
Augsburg: Demokratie an der Uni weiter beschränkt	14
Hamburg: Das City-Service-Konzept von Hinz&Kunzt	15
Berlin: Flüchtlingsrat kritisiert Sozialsenatorin	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
FAG Kugelfischer: Konzern am Rande eines krisenhaften Absturzes?	19
Agfa: Fit für die Börse	19
Hoechst: Nach der Fusions-entscheidung	20
Risiko für Kumpel	20
Berlin: Proteste gegen Klinik-schließung	21

Diskussion und Dokumentation

Gemeinsamer Aufruf europäischer Linksparteien	22
<i>In und bei der PDS</i>	23
PDS-Workshop: Regionale Entwicklung	25

Letzte Seiten

Edition Opitz	27
Termine	28

AKTUELL IN BONN WOHNUNGEN PRIVATISIERT: Die alte Bundesregierung aus Union und FDP hat von den 143 000 Wohnungen, die 1994 noch in ihrem Besitz waren, bis Ende 1998 56 000 verkauft. Damit ist der Bestand an Wohnungen in Bundeseigentum um ca. 40 Prozent gefallen. Das teilte die neue Regierung in Bonn auf eine Anfrage der PDS mit. Zu den Wohnungen, die verkauft wurden, gehören unter anderem auch Wohnungen, die früher von den Alliierten Streitkräften im Westen oder von den russischen Streitkräften im Osten genutzt wurden. Als Begründung für die Verkäufe nennt die Regierung nur ideologische Argumente: Man wolle öffentliche Aufgaben in die „Privatwirtschaft“ überführen, dazu gehöre auch die Verwaltung von Wohnungen.

BAFÖG-NOVELLE: Am 13. Januar hat das Bundeskabinett die BAFÖG-Novelle von Bildungsministerin Buhlmann gebilligt und in die parlamentarische Beratung eingebracht. Das Gesetz sieht eine Anhebung der Höchstförderung um 2% vor, der Höchstsatz soll ab 1. Mai von 1010 auf 1030 DM steigen. Auslandsaufenthalte und Arbeit in studentischen Vertretungen sollen künftig zwei Semester lang gefördert werden. Stärker angehoben werden die Elternfreibeträge, sie steigen um 6%. Fachrichtungswechsel „aus wichtigen Gründen“ sollen künftig wieder bis zum 4. Fachsemester möglich sein. Bis Jahresende soll nun ein Konzept für die im Koalitionsvertrag vereinbarte „grundlegenden Reform“ der Studienförderung vorliegen. Der Anteil geförderter Studierender aus sozial schwachen Familien war unter der alten Regierung auf 15% abgesunken.

EU-STEUERN: Die Bundesregierung will gemeinsam mit der französischen Regierung den Druck auf eine Harmonisierung von Steuern im EU-Rahmen verstärken. Das haben Finanzminister Lafontaine und der französische Finanzminister Strauss-Kahn vereinbart. Als Beispiele nennen beide in einem Memorandum eine Mindestbesteuerung für Kapitalerträge sowie eine Annäherung der Unternehmensbesteuerung. Durch Steueroasen im EU-Raum, in die Kapitalbesitzer ihre Gelder transferierten, um einer Besteuerung zu entgehen, gingen „Milliarden Euro verloren“, kritisieren die Minister. Ohnehin sei die Besteuerung von Arbeit zu hoch, nur weil Kapital „äußerst mobil“ sei und sich der Besteuerung entziehen könne. Die Minister wollen u.a. bei Steuerfragen eine Änderung des EU-Vertrags. Statt der bisher geltenden Einstimmigkeit sollen künftig hier Beschlüsse nach Mehrheit möglich werden.

630-DM-JOBS: Auf weiter heftige Kritik stößt die von der Regierung geplante Neuordnung der 630-DM-Jobs. Vorgesehen ist, die Billigjobs unterhalb von 630

DM grundsätzlich steuerfrei zu lassen. Die Arbeitgeber sollen statt der bisherigen Steuerpauschale von ca. 23% künftig 12% Beiträge an die Renten- und 10% an die Krankenversicherung zahlen. Wenn die Beschäftigten freiwillig noch 7,5% eigenen Rentenbeitrag zahlen, folgen aus diesen Beiträgen auch spätere Rentenansprüche, sonst nicht. Die Regelung, daß Beschäftigte bis zu 2 Monate sozialversicherungsfrei beschäftigt werden dürfen, fällt weg. Die Regelungen für Billigjobs gelten damit auch für Saisonarbeit. Teurer werden soll die Beschäftigung von Rentner, Schülern und Studierenden, auch für diese Jobs sind künftig Versicherungsbeiträge abzuführen. Die Einkommensgrenze von 630 DM schließlich soll künftig nicht mehr „dynamisiert“ werden, sondern fest bleiben. Wer mehr verdient, fällt künftig unter die normale Steuer- und Versicherungspflicht. Steuer- und versicherungspflichtig sollen auch Billigjobs als Zusatzbeschäftigung zu einer Hauptbeschäftigung und mehrere Billigjobs gleichzeitig sein. Die Gewerkschaften fordern weiter, alle 630-DM-Jobs steuer- und versicherungspflichtig zu machen.

ATOMNOVELLE: Stocksauer reagiert die Atomindustrie auf den Kompromiß der Regierungsparteien zur Atomnovelle. Dieser sieht vor, die Wiederaufarbeitung ab 1.1.2000 zu verbieten. Die Kraftwerksbetreiber müssen dezentrale Zwischenlager errichten, die bisher nur bei 3 der 19 Atommeiler vorhanden sind. Auch die verschärften Sicherheitsauflagen, neue Beweislastregelung und Erhöhung der Versicherungssummen sollen bleiben. Zudem würde die Abschaffung der Wiederaufarbeitung dazu führen, daß bisher steuerfreie Rücklagen der Branche der Besteuerung unterworfen werden. Kernkraftstrom würde „politisch kaum noch kalkulierbar“, klagt das *Handelsblatt* für die Branche. Firmen wie die Bayernwerk AG haben schon gedroht, den „Konsensgesprächen“ am 27.1. fernzubleiben.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 21. Januar berät der Bundestag über das Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die FDP beantragt die Verankerung des Tier-schutzes im Grundgesetz. Die CDU hat ein „DNA-Identitätsfeststellungsgesetz“ eingebracht, um die Gen-Datei beim BKA weiter auszubauen. Am späten Nachmittag geht es u.a. um die Havarie der „Pallas“ vor Amrum und einen PDS-Antrag auf Bauunterbrechung der Autobahn A-17 in Sachsen. Am 22. Januar wird das Gesetz zur Neuordnung der Billigjobs in erster Lesung beraten, danach steht ein CDU-Antrag auf Rückgabe von MfS-Akten durch den CIA auf der Tagesordnung. Am 26. Januar beginnen dann die „Energiekonsens“-Gespräche zwischen der Regierung und den Energieunternehmen.

Schilys Gesetzentwurf schafft noch kein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht

Mit dem halbherzigen und in vielen Punkten unzureichenden Gesetzentwurf von Innenminister Schily zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und der rassistischen Kampagne der Unionsparteien dagegen hat sich die Auseinandersetzung um eine demokratische Reform des Staatsbürgerschaftsrechts erheblich verschärft.

Viele Hürden bleiben bestehen

Die Halbherzigkeiten der rot-grünen Regierung beginnen schon damit, daß sie gar kein insgesamt überarbeitetes und modernes Staatsbürgerschaftsgesetz vorgelegt hat. Sie will lediglich das seit 1913 bestehende, auf dem Blutsrecht beruhende „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ ergänzen und in Teilen ändern.

Ergänzt werden soll es um den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder der sog. „dritten Generation“, d.h. Kinder von hier geborenen oder vor dem 14. Lebensjahr eingewanderten Migranten. Nur in diesem Fall zählt künftig nicht die Abstammung, sondern der Wohnsitz.

Für alle anderen Migranten bleibt das

reaktionäre Blutsrecht in großen Zügen weiter in Kraft. Der neue § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes sieht vor, daß ein Ausländer eingebürgert werden „kann“, wenn er sich zur FdGo bekennt, fünf Jahre rechtmäßig hier lebt, keine Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bezieht etc. Zudem sollen die Beamten prüfen, „ob der Ausländer in die rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik eingeordnet ist, insbesondere über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.“ (§ 8, Abs. 2 der geplanten Neufassung).

Mit anderen Worten: Einbürgerungen von erwachsenen Ausländern sind auch in Zukunft vielfach keineswegs ein demokratischer Anspruch, sondern eine Kann-Regelung. Die deutsche Obrigkeit kann einbürgern, sie kann es auch lassen.

„Anspruchseinbürgerung“ und „Ermessenseinbürgerung“

Im Innenministerium wird das auch offen zugegeben. Man habe die Unterscheidung in „Anspruchseinbürgerungen“ nach dem Ausländerrecht und in „Ermessenseinbürgerungen“ nach dem

Staatsbürgerschaftsgesetz mit Absicht beibehalten, heißt es. „Anspruch“ auf Einbürgerung hat auch in Zukunft nur der erwachsene Ausländer, der erstens schriftlich seine Zustimmung zur FDGO erklärt, zweitens nicht vorbestraft ist und drittens seinen Lebensunterhalt ohne Arbeitslosen- und Sozialhilfe bestreiten kann. Mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache ist ein weiterer Ausschlußgrund. Angesichts der gerade unter Ausländern hohen Arbeitslosigkeit und Armut und des fehlenden Anspruchs auf deutsche Sprachkurse bleiben damit auch in Zukunft in vielen Fällen hohe Hürden vor dem Erwerb der Staatsbürgerschaft bestehen. Hürden, die z.B. vielen älteren Ausländern, die eine niedrige Berufsunfähigkeitsrente plus Sozialhilfe beziehen, weiterhin einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft verweigern!

Alte Verweigerungspraktiken bleiben ...

Es lohnt sich, die Debatte im Reichstag 1912/1913 um das damals verabschiedete und bis heute im wesentlichen geltende Staatsbürgerschaftsgesetz noch ein-

Aus dem Gesetzentwurf

Artikel 1: Änderung d. Ausländergesetzes

„§ 85: Einbürgerungsanspruch für junge Ausländer“

(1) Ein Ausländer, der rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, ist auf einen vor Vollendung des 18. Lebensjahres gestellten Antrag einzubürgern, wenn er

1. rechtmäßig seit fünf Jahren im Inland in familiärer Lebensgemeinschaft mit einem Elternteil lebt, der eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung besitzt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt oder ... als Ausländer unter 16 Jahren vom Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis befreit ist und
3. nicht wegen einer Straftat verurteilt ist. (...)

§ 86: Einbürgerungsanspruch für Ausländer mit längerem Aufenthalt

Ein Ausländer, der seit 8 Jahren rechtmäßig seinen ... Aufenthalt im Inland hat, ist ... einzubürgern, wenn er

1. schriftlich erklärt, daß er sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung besitzt oder ...

als Ausländer unter 16 Jahren vom Erfordernis einer Aufenthaltsgenehmigung befreit ist,

3. nicht wegen einer Straftat verurteilt worden ist und

4. den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann. (...)

§ 87a: Ausschlußgründe

Ein Anspruch auf Einbürgerung nach §§ 85 Abs. 1, 86 und 87 besteht nicht, wenn

1. eine Verständigung mit dem Einbürgerungsbewerber in deutscher Sprache nicht möglich ist,
2. ein Ausweisungsgrund ... vorliegt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, daß der Einbürgerungsbewerber Bestrebungen verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ... gerichtet sind oder eine ungesetzhche Beeinträchtigung der Amtsführung des Verfassungsorgane ... zum Ziel haben oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. (...)

Bei mehreren Verurteilungen zu Geld- oder Freiheitsstrafen ... sind diese mit der Folge zu addieren, daß ein Einbürgerungsanspruch nach den §§ 85 bis 87

nicht besteht, wenn sich eine Geldstrafe von mehr als 270 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von mehr als neun Monaten ergäben (...)

Artikel 2: Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

(...) § 4 wird folgender Abs. 3 angefügt: „(3) Durch die Geburt im Inland erwirbt das Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn

1. ein Elternteil im Geltungsbereich des Gesetzes geboren wurde oder vor Vollendung des 14. Lebensjahres seinen Aufenthalt genommen hat und
2. im Zeitpunkt der Geburt des Kindes im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung ist. (...)

§ 8 (1) Ein Ausländer kann auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er ... (es folgen die Einschränkungen aus § 86 Ausl.-Gesetz. Abweichend von den Voraussetzungen dort „kann“ bereits nach 5 Jahren eingebürgert werden. Auch soll bei Armut Ermessensspielraum gelten.)

„Von der in Nr. 4 bezeichneten Voraussetzung kann abgesehen werden, wenn der Ausländer aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde den Lebensunterhalt nicht ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bestreiten kann.“

→ mal zu studieren. Schon damals kritisierten SPD-Abgeordnete, daß die preußische Regierung Arbeitern aus Polen oder Personen mit „sozialdemokratischer Gesinnung“ die Staatsbürgerrechte verweigere. „Die Arbeiter, insbesondere Industriearbeiter, nimmt man ja auch deswegen in Deutschland nicht gern auf, weil man vermutet, daß sie Sozialdemokraten sind ... ganz allgemein wird ... denjenigen die Naturalisation versagt, die sich irgendwie verdächtig gemacht haben“, so am 23.2.1912 der SPD-Abgeordnete Liebknecht im Reichstag zur Politik der damaligen Regierung.⁽¹⁾

Schilys Gesetzentwurf greift nicht etwa diese über 80 Jahre alte Kritik der damaligen SPD auf und sorgt endlich für Abhilfe. Er erlaubt vielmehr die Fortsetzung dieser Praktiken. Faktisch versucht das Bundesinnenministerium, die ausländische Bevölkerung zu spalten in einen armen, staatskritischen, nicht zu integrierenden Teil und einen anderen, der brav, „assimiliert“ und fleißig ist.

Von einer Besserung der Situation der über 500 000 sogenannten „Illegalen“ und der etwa 1,4 Millionen Flüchtlinge ist in dem Gesetz ohnehin nicht die Rede.

Union kontra jede Einbürgerung

Trotz dieser erheblichen Einschränkungen im Gesetzentwurf der Regierung fürchten die Unionsparteien durch den Wegfall des Verbots doppelter Staatsangehörigkeit eine Einbürgerungswelle. Schon jetzt haben etwa 2 Millionen Migrantinnen und Migranten in der BRD eine doppelte Staatsbürgerschaft – weil sie in „binationalen Ehen“ geboren wurden oder weil sie nach dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ihre alte Staatsbürgerschaft wieder erwarben.

Auch hat die Zahl der Einbürgerungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das alte Konzept der Union, ausländische Arbeitskräfte ins Land zu lassen, sie aber nach ihrer Erwerbstätigkeit wieder in die Herkunftsländer zurückzuschicken, ist längst gescheitert. Zumal weder die Zustände auf dem Balkan noch die in der Türkei eine Rückkehr attraktiv erscheinen lassen.

Einbürgerung von Migranten / Aussiedlern

1991		27.295		14.335
1992		37.042		142.862
1993		44.950		154.493
1994		61.670		197.500
1995		71.981		241.625
1996		86.356		216.474
1997		82.913		195.749
Summe 1991–1997	..	412.207	..	1.263.038

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1999

Zusammen mit den 1998 erfolgten Einbürgerungen dürften damit seit 1991 mehr als eine halbe Million Migrantinnen und Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben. Hinzu kommen ca. 1,5 Millionen Aussiedler, die zumeist nach Artikel 116 GG eingebürgert wurden.

Bei einem Wegfall des Verbots der doppelten Staatsbürgerschaft wird deshalb trotz der Hürden in Schilys Entwurf ein Anstieg der Einbürgerungen auf mehrere hunderttausend Einbürgerungen pro Jahr erwartet. Bis zur nächsten Bundestagswahl müßte die Union in dem aus ihrer Sicht „schlimmsten Fall“ mit ca. 2 Millionen weiteren wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten rechnen. Diese werden sicher nicht Union oder FDP wählen, sondern SPD, Grüne und PDS.

Denn die Unionsparteien haben diese Menschen in der Vergangenheit systematisch diskriminiert. Ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in den Schulen, im Eherecht, bei der Religionsausübung – überall haben Migrantinnen

PDS-Änderungswünsche

Die PDS-Abgeordnete Jelpke forderte am 14.1. Änderungen am Gesetzentwurf:

„Menschen mit deutschem Paß sollen auch künftig nach zweierlei Recht beurteilt werden. Ein Deutscher ausländischer Herkunft, der seine Loyalität zur Bundesrepublik unterschriftlich bekunden muß, kann wieder ausbürgert werden, wenn ihm verfassungsfeindliche Tätigkeiten nachgewiesen werden. Ein Deutscher deutscher Herkunft wird bei gleicher Betätigung selbstverständlich nicht staatenlos. Die gleiche Ungerechtigkeit sieht der Gesetzentwurf für Menschen vor, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung zu sichern. Während deutsch-deutsche Arbeitslose Arbeitslosenhilfe erhalten, ist Arbeitslosigkeit bei Einbürgerungswilligen wieder ein Grund, ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft vorzuenthalten. Gleichgültig, ob sie 20 Jahre gearbeitet, Arbeitslosengeld und Steuern bezahlt haben. Diese fortgeschriebene Diskriminierung Einbürgerungswilliger steht der vielbeschworenen Integrationsabsicht vollkommen entgegen. Es ist notwendig, diese Überlegungen aus dem Entwurf zu streichen.“

und Migranten von der herrschenden Politik Zurückweisung, Diskriminierung, Schikanierung erlebt. In der Folge dieser Politik ist die Arbeitslosigkeit unter ihnen fast doppelt so hoch wie bei Deutschen, sind schulische Abschlüsse, berufliche Ausbildung und berufliche Aussichten ausländischer Jugendlicher bedeutend schlechter. Von der Not und Einsamkeit der älteren Migranten ist ohnehin kaum die Rede.

Die Kampagne der Union ist deshalb auch extrem verlogen. „Ja zur Integration – nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“, wie es auf den Unterschriftenlisten heißt, will die Union gar nicht. Sie hatte 16 Jahre lang Zeit dazu, und sie hat diese Menschen 16 Jahre lang diskrimi-

niert, zurückgestoßen, abgewiesen. Sie schürt auch jetzt nur Ressentiments und Haß. Wen interessiert schon, daß die deutsche Politik mit der doppelten Staatsbürgerschaft nie Probleme hatte, solange diese für Deutsche galt? Daß in Polen inzwischen mindestens 200.000 „Blutsdeutsche“ zwei Pässe haben? Daß jeder deutsche Auswanderer nach Australien, Kanada, USA, Südafrika, Südamerika, Spanien, Italien oder sonstwohin die deutsche Staatsbürgerschaft behalten darf, sogar behalten soll? Daß also alle „Argumente“ der Union gegen doppelte Staatsbürgerschaft in Wirklichkeit nur zwischen angeblich „zivilisierten Deutschen“ und angeblich unzivilisierten „Fremden“ unterscheiden?

Die Union will polarisieren, Hetze treiben. Wer seine soziale Position im Beruf (Beamte) oder auf dem Arbeitsmarkt („Zuerst für Deutsche“) gefährdet sieht, wer für seine Kinder weniger Ausbildung fürchtet, der soll nicht solidarisch handeln, sondern ausländerfeindlich.

Das Ziel der Union ist, auf diese Weise die ohnehin in Schilys Gesetzentwurf bestehenden Hürden gegen weitere Einbürgerungen noch höher zu bauen, um so viele Einbürgerungen wie irgend möglich zu verhindern.

Umgekehrt hängt für die MigrantInnen und alle antirassistischen Kräfte viel davon ab, ob es gelingt, die Hetze der Unionsparteien und ihrer neofaschistischen Helfer zu isolieren. Zum Glück ist die Ablehnung und der Widerstand gegen die reaktionäre Kampagne der Unionsparteien verbreitet. Gewerkschaften, Kirchen, Flüchtlingsgruppen, antifaschistische Bündnisse, Grüne, PDS und andere haben mit einer Informations- und Aufklärungskampagne gegen diese Hetze begonnen. Leider konzentriert sich diese weitgehend auf die Kritik der Union. Die Halbherzigkeiten und Hürden in Schilys Gesetz treten auf diese Weise am Ende womöglich unverändert in Kraft.

Änderungen an Schilys Entwurf sind nötig!

Welche Änderungen an diesem Entwurf nötig sind, liegt eigentlich auf der Hand.

1. *Wer fünf Jahre in der BRD lebt und arbeitet, muß einen festen, im Staatsbürgerschaftsgesetz verankerten Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Der „Ermessensspielraum“ der Behörden muß drastisch eingeschränkt werden.*
2. *Armut und angebliche „Verfassungsfeindlichkeit“ müssen als Sperrklauseln aus dem Gesetz gestrichen werden*
3. *Bei fehlender Sprachkenntnis muß Anspruch auf Sprachkurse bestehen.*

Diese Kritik müßte vor allem aus den Gewerkschaften kommen. Sie müßte schnell kommen. Denn wenn die Union bei den Hessenwahlen ihr derzeitiges Tief überwindet, wird alles schwieriger. *rül* (1) siehe „Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht: diskriminierend und großdeutsch, GNN-Verlag, Köln, 1997, S. 6f.

Weitere Artikel und Dokumente auf Seite 22f.

Polnische NS-Opfer verlangen 2,4 Milliarden D-Mark Schadenersatz

Polnische Opfer des Nationalsozialismus haben von der Bundesregierung Entschädigung gefordert und mit Zehntausenden von Einzelklagen gedroht. Im Auftrag des „Polnischen Verbands ehemaliger politischer Häftlinge in Nazi-Gefängnissen und Konzentrationslagern“ verlange der Anwalt Dieter Wissgott für die 21.844 Mitglieder des Vereins 2,4 Milliarden Mark Schadenersatz.

Wissgott hat danach der Bundesregierung vorgeschlagen, das Bundesentschädigungsgesetz entsprechend zu erweitern. Der Anwalt vertritt die Ansicht, daß es sich nicht um ein völkerrechtliches Problem von Reparaturleistungen handle, sondern um individuelle Ansprüche der Opfer gehe. Die ehemaligen Häftlinge verlangen für jeden Monat Zwangsarbeit 400 Mark. Zugleich fordern sie Kompensation für Gesundheitsschäden sowie für die Dauer der Haft.

Die NS-Opfer wollen sich auch direkt an 15 deutsche Industrieunternehmen wenden und Schadenersatz in Höhe von 7,2 Milliarden Mark fordern. Wenn es eine Bundesstiftung für Zwangsarbeiter gäbe, wären damit auch die Forderungen an die Firmen abgegolten, hieß es.

Durch die polnische Stiftung Deutsch-

Polnische Versöhnung, die von der BRD mit 500 Millionen Mark ausgestattet worden war, haben die polnischen NS-Opfer in der Regel pauschal etwa 500 Mark Finanzhilfe erhalten.

Beim Antrittsbesuch von Bundeskanzler Schröder in Polen im vergangenen November verlangte der stellvertretende Vorstandschef der Stiftung, Jan Parys, eine schnelle Wiedergutmachung für polnische Zwangsarbeiter.

Er forderte die Bundesregierung auf, bis zum 60. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 1999 dieses Problem zu lösen. Nach Angaben der Stiftung leben noch etwa 700.000 der drei Millionen während des Zweiten Weltkriegs verschleppten Polen.

Bundesregierung will nicht zahlen

Die Bundesregierung hat aber jetzt nach Angaben der Zeitung „*Neues Deutschland*“ die Forderung der Naziopfer brüsk zurückgewiesen. Die Bundesregierung sehe für weitere Ansprüche keine Basis, teilte das Bundeskanzleramt ohne jegliche Prüfung dem Anwalt der Nazi-Opfer, Dieter Wissgott mit.

Wissgott wollte bei einem Treffen mit Staatsminister Hombach das schriftliche

Dossier der Opfer übergeben. Hombach lehnte das Treffen mit der Begründung ab, der Anwalt sei nur auf eine „Demonstration“ aus.

Weiter heißt es im ND: „Ein persönlicher Mitarbeiter Hombachs wollte ausdrücklich nicht bestätigen, daß die Ansprüche geprüft werden. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministers suche vielmehr nach einer belastbaren Lösung, die auch die Interessen der Industrie berücksichtigt.“

Heftige Kritik in Polen

In Polen wird das Verhalten der Bundesregierung heftig kritisiert. Vor dem Auswärtigen Ausschuß des polnischen Parlaments unterstützte der Vize-Außenminister Polens die Forderungen der polnischen Zwangsarbeiter. Es sei beunruhigend, daß die Bundesregierung in dieser Frage bislang nicht einmal informell Kontakt zur polnischen Regierung gesucht habe.

Die IG Metall will in nächster Zeit ebenfalls aktiv für die berechtigten Forderungen aller Zwangsarbeiter eintreten und in den Betrieben für diese Forderung mobilisieren. (Siehe das untenstehende Dokument). *hav*

IG Metall-Kampagne zur Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern

Die IG Metall will sich in allen Betrieben der Metallindustrie um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit bemühen. Zur Zeit verschickt die Gewerkschaft an ihre 180 Verwaltungsstellen Listen von Betrieben, die Zwangsarbeiter eingesetzt haben. In einem am 12. Januar in Frankfurt veröffentlichten Begleitschreiben fordert IG-Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel Betriebsräte, Vertrauensleute, Aufsichtsratsmitglieder und die Beschäftigten auf, „ein Zeichen der Solidarität zu setzen, die Entschädigungsfrage verantwortungsvoll aufzugreifen und auf eine politische Lösung in Form einer Bundesstiftung zu drängen“. Darüber hinaus sollen Historiker und Zeitzeugen befragt sowie Firmenarchive durchgesehen werden. Betriebskrankenkassen, die Allgemeine Ortskrankenkasse, Bibliotheken und öffentliche Archive können nach Angaben der IG Metall weitere Anlaufstellen für örtliche Recherchen sein. Die Firmenleitungen sollen von den Betriebsräten aufgefordert werden, die Aufklärungsarbeit zu unterstützen.

Die Versklavung von Millionen Frauen, Männern und Kindern sei ein Verbrechen, das nicht durch Stillschweigen im Nachhinein legitimiert werden dürfe, betont die IG Metall in einem Faltblatt. Das Unrecht könne zwar nicht wieder gutgemacht werden, aber Staat und Industrie müßten sich endlich ihrer historischen Verantwortung stellen und Entschädigung zahlen.

Die IG Metall erinnert daran, daß während des zweiten Weltkrieges rund 10 Millionen Menschen aus 20 Nationen Zwangsarbeit machen mußten, damals jeder dritte Beschäftigte. Viele Unternehmen hätten zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion Zwangsarbeiter von staatlichen Stellen angefordert und gezielt ausgesucht. In der Industrie habe ihr Anteil bei knapp 40 Prozent der gewerblichen Arbeitnehmer gelegen. In der Rüstungsindustrie sei sogar jeder zweite Beschäftigte Zwangsarbeiter gewesen. In einzelnen Betrieben habe ihr Anteil bis zu 90 Prozent betragen. Bei Kriegsende hätten mehr als 1.000 KZ-Außenlager existiert, die sich direkt auf oder in der Nähe von Firmengelände befanden.

Bis heute sei die Mehrheit der Zwangsarbeiter von einer Entschädi-

gung ausgeschlossen, erklärte die IG Metall. Einige große Unternehmen hätten zwar betriebliche Fonds zur Entschädigung eingerichtet, insgesamt sei jedoch eine Bundesstiftung am sinnvollsten. Nur eine vom Staat und den betroffenen Betrieben gespeiste öffentlich-rechtliche Stiftung könne allen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern schnell, unbürokratisch und individuell helfen. Die wenigen Überlebenden hätten bisher durchschnittlich nicht mehr als 200 Mark Entschädigung aus Bundesmitteln erhalten. „Entschädigung für das ihnen zugefügte Leid, für den entgangenen Lohn und für den Profit, der mit ihrer Arbeit gemacht wurde, haben sie nie erhalten“, betont die IG Metall.

Die Gewerkschaft verweist darauf, daß es in einigen ihrer Verwaltungsstellen bereits Aktivitäten für die juristische Durchsetzung von Ansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter gibt. Da zu befürchten sei, daß im Mai dieses Jahres die Ansprüche verjähren, sollen Betriebsräte ihre Firmenleitungen drängen, auf diese Verjährung zu verzichten.

(Pressemitteilung des IGM Hauptvorstands, Frankfurt, 12.1.99)

Seit 28 Jahren unter geheimdienstlicher Beobachtung

Bürgerrechtler: Protest gegen Überwachung Rolf Gössners

Mit einer gemeinsamen Presseerklärung haben Mitte Januar sieben Bürgerrechtsorganisationen gegen die anhaltende geheimdienstliche Überwachung des Bremer Anwalts und Bürgerrechtlers Dr. Rolf Gössner protestiert.

Es ist keine Realsatire über „Schlapphüte“, die nach Beendigung des Kalten Krieges beschäftigungslos geworden sind, sondern bitterer Ernst: Nach wie vor – und das heißt seit über 28 Jahren – wird Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, renommierter Publizist und engagierter Bürgerrechtler, vom Verfassungsschutz geheimdienstlich überwacht. Diese Tatsache hat das Bundesamt – auf Antrag – dem Betroffenen Ende letzten Jahres mitgeteilt.

Mit dieser systematischen Langzeitüberwachung wird – um ein Sprichwort umzukehren – letztlich ein „Gärtner zum Bock“ erklärt.

Rolf Gössner gehört nämlich zu den kenntnisreichsten und aktivsten Streikern für die Bewahrung und Stärkung der Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes. Ob es um den Erhalt des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung, die Einhaltung des Datenschutzes oder die Einschränkung von Freiheitsrechten ging, stets erhob Gössner in aller Öffentlichkeit seine Stimme als Schriftsteller, Referent und langjähriger parlamentarischer Berater (unter anderem des Bundespräsidenten).

Erst vor kurzem verfaßte er für acht Bürgerrechtsgruppen ein Memorandum in Sachen Menschen- und Bürgerrechte, das – nach langen Jahren der Grundrechtsdemontage – der neuen rot-grünen Bundesregierung den Reformbedarf im Bereich der sog. Inneren Sicherheit deutlich machte und ein „Umsteuern“ nahelegen wollte (dokumentiert in: *Frankfurter Rundschau* vom 14.10.98).

Mit Rolf Gössner wird also ausgerechnet ein namhafter Streiter gegen den permanenten Abbau der Bürgerrechte behandelt wie ein „Verfassungsfeind“ – und nicht etwa diejenigen „Sicherheitspolitiker“, die in den vergangenen Jahren der Verfassung schwer zugesetzt haben, indem sie u.a. Grundrechte auf Asyl und (mit dem Großen Lauschangriff) auf Unverletzlichkeit der Wohnung bis zur Unkenntlichkeit aushöhlten.

Bezeichnenderweise wird Rolf Gössner nicht etwa inhaltlich eine feindliche Agitation gegen die Verfassung vorgeworfen, sondern lediglich, daß er im Rahmen seiner vielfältigen beruflich-politischen Arbeit unter anderem auch mit Gruppen und Redaktionen Kontakt hat-

te, die der Verfassungsschutz als „links-extremistisch bzw. linksextremistisch beeinflusst“ einstuft.

Es ist unseres Erachtens eines freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats unwürdig, daß schon bloße „Kontaktschuld“ für eine geheimdienstliche Beobachtung ausreichen soll. Mit diesen vagen Kriterien wird jedwede Kritik in der Öffentlichkeit zu einem privaten und beruflichen Risiko.

Es ist im Rahmen aktiver Bürgerrechtsarbeit schlechterdings nicht möglich und auch nicht sinnvoll, selektiv nur Gleichgesinnte oder die neuentdeckte „Neue Mitte“ anzusprechen und andere auszuzugrenzen.

Es käme einem Verbot der Teilnahme an Veranstaltungen mit zahlreichen Organisatoren gleich, wenn diejenigen, die dort Referate halten, ohne Rücksicht auf den Inhalt ihrer Reden vom Verfassungsschutz erfaßt würden. Gerade auch der Diskurs mit Andersdenkenden steht für eine lebendige Demokratie.

Wenn selbst renommierte Fachleute – wie der als Experte auf dem komplizierten Gebiet der Geheimdienste weithin bekannte Rechtsanwalt Gössner – zum Objekt staatlicher Beobachtung werden, dann drängt sich der Verdacht auf, daß hier unbequeme Mahner eingeschüchtert werden sollen.

Als Bürgerrechtsgruppen protestieren wir gegen die Überwachung des Bürgerrechtlers Rolf Gössner und verlangen vom Bundesamt für Verfassungsschutz, diese Praxis sofort auszusetzen.

Wir appellieren an die rot-grüne Bundesregierung, diesem unkontrollierbaren Treiben nach 28 Jahren endlich ein Ende zu setzen.

Dieser Protest wird unterstützt von folgenden Bürgerrechtsorganisationen:

- Gustav-Heinemann-Initiative
- Humanistische Union
- Internationale Liga für Menschenrechte
- Strafverteidiger-Vereinigungen
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen
- BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten
- Europäische Vereinigung für Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V.

Kontakt, Infos:

*Humanistische Union,
Bundesgeschäftsstelle,
Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165,
10117 Berlin,
Telefon 030/20450256,
Fax 030/ 20450257.*

Türkei/Kurdistan

HADEP fordert Wahlbeobachter

Von Helge Sichtung und Matthias Gärtner

Die HADEP erwartet für die anstehenden Kommunal- und Parlamentswahlen in der Türkei staatliche Verfolgung und Wahlbetrug und fordert eine internationale Beobachtung der Wahlen und des Wahlkampfes.

Nachdem am 26.11.98 auch die 55. Regierung der Türkischen Republik unter Mesut Yilmaz durch ein Mißtrauensvotum nach einer Korruptionsaffäre im Parlament zu Fall gebracht worden ist, und die neue Minderheitsregierung, die vom rechten Sozialdemokraten Bülent Ecevit angeführt wird, nur eine Übergangslösung darstellt, werden voraussichtlich am 18. April in der Türkei und dem türkisch besetzten Nordosten Kurdistans Kommunalwahlen und Neuwahlen des Nationalparlamentes stattfinden.

Eine Delegation aus Deutschland hielt sich Anfang Januar in der Türkei auf und führte Gespräche mit dem Parteivorstand der HADEP (Demokratische Volkspartei) in Ankara und dem Bezirksvorstand in Batman (Nordostkurdistan).

Die HADEP erwartet, daß die diesjährige Wahlen – wie auch in den Jahren zuvor – vor allem in türkisch-Kurdistan ohne jede rechtstaatliche Grundlage ablaufen werden, um eine Machtübertragung an die pro-kurdische Partei, die nach Umfragen in vielen Gebieten Nordostkurdistans die absolute Mehrheit erhalten würde, zu verhindern.

Die Mittel des Staates reichen von Repression und Gewalt gegen Mitglieder der Partei bis zur offenen Wahlfälschung. Bei den Ende des letzten Jahres staatlich organisierten, antikurdischen Pogromen wurden landesweit allein in den Büros der HADEP über 3000 Parteimitglieder festgenommen, davon befinden sich noch immer ca. 100 im Gefängnis, u.a. der Vorsitzende der HADEP, Murat Bozlak. Zwei Menschen sind dabei durch polizeiliche Übergriffe getötet worden, etliche wurden z.T. schwer verletzt. Vor allem in den besetzten Gebieten gehen Militär, Polizei und paramilitärische Banden gegen die HADEP vor: Mitglieder werden zu Hause „besucht“ oder auf der Straße verhaftet, dann entweder eingesperrt oder sie „verschwinden“. Kaum ein Funktionsträger ist länger als ein Jahr dabei, jeder kennt schon seinen Nachfolger.

Vor allem während des Wahlkampfes erwartet die HADEP das schlimmste. Vor der Wahl gehen das Militär oder paramilitärische Einheiten in die kurdischen Dörfer und bedrohen die Bewohner. Dörfer, in denen HADEP gewählt oder die

Wahl aus Protest boykottiert wird, werden nach dem „Prizip der verbrannten Erde“ ausstrahlt, die Bewohner werden ermordet oder fliehen in die explosionsartig wachsenden Städte. Die meisten der dort wohnenden Kurdinnen und Kurden werden für die Wahl nicht einmal erfaßt. Die HADEP versucht nun mit einer öffentlichen Aktion aus eigener Kraft zusätzliche Wählerverzeichnisse aufzustellen, um die Betroffenen zu erfassen.

Eine andere Methode der Wahlfälschung wird von konkurrierenden, finanzstarken Parteien erfolgreich praktiziert: Viele Dörfer sind so arm, daß die Einwohner sich für ihre Stimme mit Lebensmitteln oder Geld bestechen lassen. Oft kommt es vor, daß die Stimmabgabe von regierungstreuen, sogenannten Dorfschützern beobachtet wird. Nach der Wahl werden vom türkischen Staat noch „Korrekturen“ vorgenommen, d.h. viele Wahlurnen verschwinden oder werden ausgetauscht. Als letzte Hürde nach diesem staatlich organisiertem Stimmenklau wird der HADEP bei den Nationalparlamentswahlen eine Zehn-Prozent-Hürde in den Weg gestellt. Im Endeffekt wird erreicht, daß eine Partei, die die große Mehrheit der kurdischen Bevölkerung politisch vertritt, in keinem Parlament vertreten ist.

Die Türkei wird natürlich versuchen, sich bei den Wahlen den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu geben und dazu für ausgesuchte Dörfer Delegationen aus anderen Ländern anfordern. Um den Betrug zu verhindern oder aber wenigstens öffentlich zu machen, fordert die HADEP eine unabhängige internationale Beobachtung der Wahlen und des Wahlkampfes, vor allem im Kriegsgebiet in Nordostkurdisten (Osttürkei).

Barzan Öztürk gestorben

Totenfeier verboten

Am 4. Januar starb der kurdische Sänger Barzan Öztürk (Murat) im Bundeswehrkrankenhaus Koblenz an den Folgen schwerer Verbrennungen. Das Stuttgarter Innenministerium verbot darauf sogar die Totenfeier.

Barzan Öztürk sich am 1.11.1998 in der JVA Stuttgart-Stammheim angezündet und war mit 80prozentigen Verbrennungen ins Bundeswehrkrankenhaus Koblenz eingeliefert worden. Nach seinem Tod kamen am 6. Januar Tausende Kurdinnen und Kurden nach Stuttgart vor die JVA Stammheim. Sie wollten ihm die letzte Ehre erweisen. Dieses Anliegen wurde vom baden-württembergischen Innenminister unterbunden, der die Überführung des Sarges von Koblenz nach Stuttgart an der Landesgrenze bei Hockenheim von einem großen Polizeiaufgebot auf der Autobahn stoppen ließ.

In der Nacht zuvor hatten Innenministerium und Stuttgarter Ordnungsamt die Aufstellung des Sarges bei der Trauerfeier verboten. Verhandlungen verschiedener Bundesländer und PDS-Bundestagsabgeordneter mit dem Innenministerium und auch die Intervention des Stuttgarter Polizeipräsidenten Haas bei dem Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster, „Toleranz und Achtung zu erweisen“, führten zu keinem Erfolg.

Schließlich genehmigte die hessische Landesregierung, daß auf dem Frankfur-

ter Flughafen in der hintersten Ecke beim Cargotor 31 eine Gedenkfeier stattfinden könne.

Darauf wurde nach fünf Stunden Wartens die zur Protestkundgebung gewordene Trauerveranstaltung in Stuttgart abgebrochen. Fast alle in Stuttgart anwesenden Kurdinnen und Kurden und viele Tausend mehr aus dem Raum Frankfurt versammelten sich am Abend auf dem Frankfurter Flughafen, zogen in einer endlosen Reihe an dem Sarg von Barzan Öztürk vorbei, erwiesen ihm die letzte Ehre und legten Blumen und Kränze nieder.

Am 8. Januar wurde Barzan Öztürk in die Türkei überführt. Der Sarg wurde von einer Delegation begleitet. Vom Flughafen Van wurde der Leichnam mit einem Konvoi von 500 Fahrzeugen zu seinem Heimatort Agri gebracht. Schon Tage zuvor hatte das Militär rund 10.000 Soldaten zusammengezogen. Der Konvoi mußte zahllose Straßensperren überwinden, mehr als 1.000 Leute wurden verhaftet. Letztendlich konnte Barzan Öztürk von seiner Familie beigesetzt werden.

In der BRD hat das Verhalten des Stuttgarter Innenministers und Oberbürgermeisters Wellen geschlagen. Der ihnen schon lange unbequeme Stuttgarter Polizeipräsident wurde von Innenminister Schäuble seines Postens enthoben und ins Innenministerium versetzt.

Mit der Verhinderung einer Trauerfeier in Stuttgart wurde wieder einmal das Empfinden vieler kurdischer Menschen tief verletzt. Mit einer Unterschriftensammlung unter die auf dieser Seite dokumentierte Erklärung wollen sie nun ihren Protest zum Ausdruck bringen und in den nächsten Tagen im Landtag und Gemeinderat einreichen. *rub*

An den Präsidenten des Landtages Baden-Württemberg, den Landtag von Baden-Württemberg, den Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren, am 6. Januar 1999 sollte in Stuttgart-Stammheim eine Trauerfeier zum Gedenken an Herrn Barzan Öztürk stattfinden. Herr Barzan Öztürk hatte sich in der JVA Stammheim am 1. November 1998 angezündet und war am 4. Januar 1999 an seinen schweren Verletzungen ... verstorben. ...

In einem Abschiedsbrief legte er seine Beweggründe für die Selbstverbrennung dar. Er verwies darin auf die Verfolgung der Kurden in der Türkei, die unmenschlichen Zustände in den türkischen Gefängnissen und den gescheiterten Attentatsversuch auf den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Er erklärte, daß er auf diese Weise ein Zeichen gegen die Menschenrechtsverletzungen und den Krieg in Kurdistan setzen wollte.

Herr Barzan Öztürk stammt aus einer kurdischen Familie in Agri, die seit Jahr-

zehnten gegen die Unterdrückung der Kurden eintritt. Deshalb wird diese Familie von Polizei und Militär verfolgt. Zahlreiche Familienmitglieder starben in diesem Kampf, darunter sein Vater und mehrere Geschwister. (...)

In jeder Kultur ist es üblich, daß sich Menschen und Menschengruppen in würdiger Weise von ihren Toten verabschieden. Nichts anderes sollte in Stuttgart-Stammheim geschehen. Deshalb war auch die Überführung des Sarges von Koblenz über Stuttgart-Stammheim zum Flughafen Frankfurt genehmigt und mit dem Polizeipräsidium Koblenz ausführlich und in allen Einzelheiten einvernehmlich besprochen worden. Von irgendeiner „erschlichenen“ Genehmigung kann nicht die Rede sein, ebenso wenig von einer geplanten Zurschaustellung des Leichnams.

Es ist ein hohes Gut jeder Gesellschaft und jeder Kultur, daß die Ehrerbietung vor den Toten die Achtung des Lebens ausdrückt. Deshalb verletzt es die Kurdinnen und Kurden zutiefst, daß der Innenminister Baden-Württembergs und

der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart im Gegensatz zu der auch in Deutschland üblichen Praxis eine solche Gedenkveranstaltung unterbunden und noch Tage danach die Trauer über den Tod von Barzan Öztürk zu politischen Zwecken mißbraucht haben. (...)

Daß der Sarg von einem Polizeiaufgebot an der baden-württembergischen Grenze bei Hockenheim auf der Autobahn festgehalten wurde, rief bei vielen Kurdinnen und Kurden Erinnerungen an die Praxis türkischer staatlicher Organe wach (...)

Wir appellieren an den Präsidenten des Landtags, die Landtagsfraktionen sowie den Gemeinderat der Stadt Stuttgart, diesen Protest einer großen Bevölkerungsgruppe ... entgegenzunehmen, deren Menschenrechte durch das Vorgehen des Innenministers von Baden-Württemberg und des Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart verletzt wurden. Wir fordern, daß ein solches Vorgehen gerügt wird und nicht wieder geschehen darf.

(aus Platzgründen geringfügig gekürzt)

Gewerkschaften in der Türkei kämpfen um ihre Anerkennung

Der Gewerkschaftsverband DISK hat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf einen Bericht über die Verfolgung der Gewerkschaften in der Türkei vorgelegt. Der Bericht bezieht sich auf die schweren Auseinandersetzungen der letzten zwei Jahre, die von den Gewerkschaftsverbänden DISK und KESK zur gesetzlichen Anerkennung des Koalitions- und Verhandlungsrechts geführt wurden. Der Bericht stellt an die ILO die Forderung, daß diese bei der türkischen Regierung auf Einhaltung der internationalen Standards und Übereinkommen zu Fragen der Koalitions- und Verhandlungsrechte interveniert und den Übergang in nationales Recht erzwingt. Diese Voraussetzungen gewerkschaftlicher Tätigkeit werden in der Türkei nicht eingehalten, verfolgt, verboten.

Die türkische Regierung hat die ILO-Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit, die Grundsätze des Vereinigungsrechts und von Kollektivverhandlungen, die Vereinigungsrechte in Staatsbetrieben und im öffentlichen Sektor sowie zu Fragen der Lage der Arbeitszeiten unterzeichnet. Keines dieser Abkommen ist, wie in den Regeln der ILO vorgeschrieben, nach fünf bzw. sechs Jahren in nationales Recht umgesetzt worden. In der Zeit nach dem Militärputsch von 1980 wurden bestehende Arbeits- und Gewerkschaftsrechte vielmehr suspendiert bzw. aufgehoben. So ist im türkischen Recht geregelt, daß eine Gewerkschaft nur anerkannt werden kann, wenn sie in einer Branche mindestens 10 % der dort Beschäftigten vertritt. In einem Betrieb muß eine Gewerkschaft 50%+1 der Beschäftigten vertreten, soll sie zu Verhandlungen zugelassen werden. Eine Gewerkschaft muß diese Mitgliedschaft namentlich gegenüber den Behörden bzw. der Betriebsleitung nachweisen. Aufgrund dieser Gesetze bestehen in nur 12 % der Betriebe gewerkschaftliche Vertretungen. Die Gesetze verbieten Streiks in Banken, im öffentlichen Dienst, im Transportgewerbe, in der Wasser- und Energiewirtschaft, im Kohle- und Braunkohleabbau und in der Gas- und Erdölförderung. Solidaritätsstreiks, Generalstreik oder Bummelstreiks sind gesetzlich verboten. Im öffentlichen Dienst und den Staatsbetrieben ist zwar eine gewerkschaftliche Organisation wieder erlaubt, aber Streiks oder Lohnverhandlungen verboten. In den 10 Freihandelszonen, in denen 7 000 Arbeiter beschäftigt sind, sind Streiks generell verboten.

In den letzten zehn Jahren haben sich neue Gewerkschaften und Dachverbände gegründet, so im öffentlichen Dienst und in den Staatsbetrieben der Dachver-

band KESK und seit 1996 auch wieder der Dachverband DISK, der während des Militärputsches 1980 verboten worden war. Diese Gründungen waren nötig, da der staatlich anerkannte Dachverband Türk-Is fast völlig zu einem treuen Gehilfen des Militärregimes verkommen ist. Leider vertritt Türk-Is auch die Arbeiter- und Angestelltenseite in der ILO.

Die Verfolgung gewerkschaftlicher Tätigkeit stellt der DISK-Bericht in Zahlen dar: Von 1992 und 1996 wurden über 40.000 Beschäftigte wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit entlassen. Nach der Neugründung der DISK wurden in 2 Jahren rund 40.000 ihrer Mitglieder aus 2.000 Betrieben gefeuert. Der DISK-Bericht zählt eine Reihe von Beispielen aus dem Westen der Türkei auf:

- In der Türk Siemens Kabelfabrik in Bursa arbeiten 922 Beschäftigte. Die Firmenleitung versucht seit langem, die Arbeiter zum Wechsel der Gewerkschaft zu pressen. Sie sollen von der Birlisik Metal-Is, in der sie seit 10 Jahren organisiert sind, zum Dachverband Türk-Is wechseln. Wegen Widerstand dagegen wurde 1 Arbeiter verhaftet und 28 entlassen. 10 waren Gewerkschaftsfunktionäre. Siemens verhandelt nicht mit der Gewerkschaft. Für Überstunden werden keine Mehrarbeitszuschläge gezahlt, seit der Einführung neuer Arbeitszeitsysteme und Nacharbeit vor einem Jahr wird von der Betriebsleitung gegen zahlreiche Verordnungen verstoßen.

- Als die 62 Beschäftigten der Istanbul Druckerei Reslan sich gewerkschaftlich organisieren wollten, wurden 46 entlassen. Bei Reslan wird kein gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt, es gibt keine geregelte Arbeitszeit, nach Ende der Nacharbeit um 3 Uhr morgens kommen die Arbeiter wegen fehlender Verkehrsverbindung nicht nach Hause.

- Bei Turkish Daily News arbeiten 52 Arbeiter. Diese beschlossen sich gewerkschaftlich zu organisieren. Über 40 wurden gefeuert. Bei der Zeitung gibt es keine geregelte Arbeitszeit, Mehrarbeit wird nicht bezahlt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit existiert nicht, Arbeitssicherheitsvorschriften werden mißachtet usw.

- Bei der Lebensmittelfabrik Frigo-Pak in Bursa arbeiten 160 Beschäftigte, 70 fest und 90 in der Saison. Als sie sich gewerkschaftlich wegen unzumutbarer Arbeitsbedingungen organisieren wollten, entließ das Unternehmen 133 Gewerkschaftsmitglieder.

- Von den 443 Arbeitern der Textilfabrik Zümrüt Örne in Corlu wurden 220 entlassen und der Betrieb einige Zeit komplett geschlossen, als die Arbeiter

gewerkschaftlich Arbeitsstandards und gleiche Löhne durchsetzen wollten.

- Das Dienstleistungs- und Reinigungsunternehmen TEK hat 450 Beschäftigte. Damit sie nicht mit der Gewerkschaft verhandeln muß, entließ die Betriebsleitung 430 Arbeiter, darunter 300 Gewerkschaftsmitglieder.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Die Durchsetzung der ILO-Normen in der Türkei ist für DISK eine Voraussetzung des EU-Beitritts der Türkei. *rub*

Baskenland

Massive Unterstützung für baskische Gefangene

Von Manfred Ostrowski

Über 100 000 Menschen versammelten sich am 9.1. in Bilbao zur bisher teilnehmerreichsten Demonstration, um die Rechte der baskischen politischen Gefangenen einzufordern und die Zurückverlegung der Gefangenen ins Baskenland zu verlangen.

Die Demonstration kann als historisch bezeichnet werden, sowohl von der Zahl der Demonstranten her als auch von der Breite der Vertretung der baskischen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und gewerkschaftlichen Sektoren aus gesehen. Die Vorsitzenden der PNV, von Herri Batasuna und EA, der Vereinigten Linken, von Zutik und AB (französisches Baskenland) trugen Spruchbänder mit der Aufschrift „Presoen eskubideen alde“ – „Für die Rechte der Gefangenen“. Man forderte von Spanien und Frankreich, die Rechte der baskischen Gefangenen zu respektieren; „weil sie Basken sind – die baskischen Gefangenen ins Baskenland!“

Carlos Garaikoetxea, Präsident von EA, äußerte während der Demonstration: „Seit sie ins Leben gerufen wurde, haben wir die politische Dispersion angeprangert, und genau das machen wir auch heute hier. Wir sind zur Demonstration gekommen, um deutlich zu machen, daß wir gegen diese Politik sind und daß sie die baskischen Gefangenen ins Baskenland bringen müssen. Die politische und soziale Mehrheit des Baskenlandes ist hier repräsentiert, und wenn sie es von Madrid aus sehen wollen, sehen sie es. Es ist die größte Demonstration, die wir gesehen haben. Ich bedaure, daß nicht Repräsentanten aller Parteien da sind. Ich hoffe, daß sie merken werden, daß die Mehrheit hier ist, und, wenn sie Demokraten sind, daß sie den Willen der Mehrheit respektieren werden. Die Regierung von Madrid wird wohl oder übel hören. Anderenfalls werden wir wissen, was wir zu antworten haben, wenn sie sagen, daß sie Demokraten sind.“

Xabier Arzalluz, Präsident der PNV, meinte: „Wir kommen, um unsere Meinung öffentlich zu bekunden, von unse-

rem Recht Gebrauch machend und ohne jede Hoffnung, die Herren Aznar und Mayor Oreja zu überzeugen. Es gibt wohl Gründe, hier zu sein. Um ein Recht zu verteidigen, haben wir uns alle versammelt. Es interessiert mich überhaupt nicht, ob die Regierung Aznars uns Aufmerksamkeit schenkt oder nicht. Bis jetzt hat Aznar uns keine Beachtung geschenkt und macht die übliche Politik. Er tut keinen Schritt vorwärts. So mag es weitergehen. Wir haben unsere Politik und werden mit ihr fortfahren. Den Frieden zu erreichen ist unser Ziel, und wir werden dieses Ziel erreichen. Wenn die anderen sich nicht bewegen, sollen sie sehen, wie sie fertig werden. Später wird jeder sein entsprechendes Resultat haben. Wir prangern die Situation an, die seit so vielen Jahren in den Gefängnissen herrscht. Letzten Endes haben wir beschlossen, auf die Straße zu gehen und alle miteinander zu protestieren.“

Javier Madrazo, Koordinator der Vereinigten Linken, sagte: „Wir fordern die Regierung auf, eine auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegründete Gefängnispolitik anzuwenden. Die Gefangenen weit vom Baskenland fortzuschaffen hat den Verwandten und der baskischen Gesellschaft Leid zugefügt. Leider hat die Regierung taube Ohren für die Forderung nach Zurückführung und wir müssen Demonstrationen machen. Die Gefangenen ins Baskenland zu bringen ist eine richtige, humanitäre und gesetzeskonforme Forderung; und es könnte eine gute Wirkung im Friedensprozeß haben. Meiner Meinung nach müßten sie ein tiefgehendes Nachdenken beginnen über die heutige Politik. Die Regierung kann der Forderung der gesellschaftlichen Mehrheit nicht den Rücken zuwenden, und sie müssen alle Gefangenen in die Nähe bringen, nicht die von ETA alleine. So hoffe ich, daß die heutige Demonstration ein Wendepunkt ist und die Dinge ändert.“

Arnaldo Otegi, Sprecher von Herri Batasuna, führte aus: „Über die spanischen und französischen Gesetze hinausgehend ist es das wichtigste, redlich und objektiv zu sehen, was die Gesellschaft fordert. Für uns ist es ein grundlegendes Prinzip des Rechts, die Gefangenen ins Baskenland zu bringen. Die Verantwortlichkeit verlangt es heute, daß alle Gefangenen im Baskenland sind, und morgen, daß respektiert wird, was wir Bewohner des Baskenlandes entscheiden, damit die Souveränität beim baskischen Volk ist und damit wir Basken damit anfangen, wie freie Euskaldunak zu denken. Einige haben ihren Kopf damit voll, über den Frieden zu reden, aber es ist deutlich, daß der einzige Vertreter von Friedenswillen und von Konfliktüberwindung Euskadita Askatasuna ist. Bei der spanischen und der französischen Regierung ist kein Wille anzutreffen, den Konflikt zu überwinden. Aber das ist uns gleich. Wir fühlen uns als freie Basken, und so werden wir arbeiten.“



Turbulenzen bei den französischen Faschisten

Eine FN-Spaltung ist sicher

Von Bernhard Schmid, Paris

„Die Woche der langen Messer“ taufte das Wochenmagazin L'Evenement du Jeudi Mitte Dezember '98 die vorangegangenen acht Tage in der Geschichte des rechtsextremen Front National (FN). Der Konflikt, der derzeit dabei ist, Frankreichs neofaschistische Partei in zwei getrennte Organisationen aufzuspalten, war damals eine gute Woche alt.

Die Anspielung auf die Ereignisse des sogenannten Röhm-Putschs von 1934, die als „Nacht der langen Messer“ in die Chronik des deutschen Nazismus eingingen, hinkt aus verschiedenen Gründen. Einer davon – wohl eher den äußeren Umständen geschuldet – ist, daß es bisher keine Leichen gab. Ein anderer, daß jener, der sich derzeit vom Inhaber der (innerparteilichen) Macht ausgeschaltet sieht, wahrscheinlich Adolf Hitler geistig näher – noch näher – steht als sein ehemaliger Chef selbst. Gemeint ist Bruno Mégret, dem am 9. Dezember 1998 seine Funktion als Generalbeauftragter des FN entzogen und der am 23. Dezember aus der neofaschistischen Partei ausgeschlossen worden ist.

GRECE-Gefolgs- bzw. Gesinnungsleute

Denn Mégret und die entscheidenden Köpfe seiner engsten Umgebung, die zeitgleich mit ihm aus der Le Pen-Partei ausgeschlossen wurden (Jean-Claude Bardet, Yvan Blont, Jean-Yves Ie Gallou, Pierre Vial) haben in den 70er Jahren ausnahmslos entweder die Ideologiefabrik GRECE durchlaufen oder kommen, wie Mégret selbst, aus dem GRECE-Ableger Club de l'Horloge.

Beim GRECE („Forschungs- und Studienzentrum für die europäische Zivili-

sation“) betrieb man die Suche nach den nicht-christlichen Wurzeln der „indo-europäischen Kultur“, da das Christentum vom Judentum abstamme und somit einen „rassischen“ bzw. kulturellen Fremdkörper bilde. Zudem wurde der „jüdisch-christliche“ Monotheismus dafür verantwortlich gemacht, daß es mit seiner Idee der Gleichheit aller Menschen vor einem einzigen Gott die Quelle so schädlicher Ideen wie einer vom sozialer Gleichheit und Demokratie darstelle.

Jener „Religion der Wüstenvölker“ wurde als positives Gegenbild das germanisch-keltische Heidentum, „Religion der Waldvölker“, gegenübergestellt. Diese Ideenproduktion aber kommt der Rassenideologie NS-Deutschlands wesentlich näher als dem katholisch-reaktionären Erbe der „klassischen“ französischen Rechten.

Jean-Marie Le Pen ließ es sich nicht entgehen, auf diese Vorgeschichte anzuspüren, indem er in einer ersten Reaktion nach Ausbruch des Konflikts von den Mégret-Anhängern als einer „extremistischen, aktivistischen und sogar rassistischen Minderheit“ sprach und den Namen von Pierre Vial nannte – der Mégret-Vertraute und Geschichtsprofessor in Lyon, Spezialist für das „Indoeuropäertum“, ist „der“ Rassenideologe der französischen extremen Rechten.

Le Pen wird alt und verteidigt seine Machtstellung mit allen Mitteln

Hintergrund des heftig ausgetragenen Konflikts ist, dass nach ersten Ausschlüssen von Mégret-Anhängern, die den alleinigen Führungsanspruch des alternden Le Pen in Frage gestellt hatten, seit dem 18. November und nach der Entlassung zweier Mégret nahestehender, hauptamtlicher FN-Kader in der ersten

Dezemberwoche Proteste gegen die „diktatorische“ Führung des FN-Chefs ausgebrochen waren. Bei einer Konferenz der 400 führenden Parteifunktionäre, die am 5. Dezember in Paris stattfand, war Le Pen ausgebuht worden.

Dieser scheint entschlossen zu sein, den ehrgeizigen Anwärter auf seine Nachfolge auszuschalten, solange er dazu noch Zeit hat, und den Konflikt mit rabiatischen Mitteln zu lösen. Bei einem Auftritt am Ende der ersten Konfliktwoche im ostfranzösischen Metz tönte Le Pen martialisch und von sich selbst überzeugt: „Man sagt mir: Gibt es wirklich keine Verständigungsmöglichkeit? Keine Möglichkeit, Feuer und Wasser miteinander zu vereinen, oder daß Cäsar vergibt? Was mich von Cäsar unterscheidet, dem Brutus sich mit dem Messer in der Hand näherte (...), das ist, daß ich mein Schwert ziehe und Brutus töte, bevor er mich tötet.“

Liest man die Erklärung von Jean-Marie Le Pen, welche die Seite 1 der Parteizeitung *National Hebdo* von derselben Woche ziert, dann könnte man zunächst an eine Art Flügelstreit zwischen „Gemäßigten“, die Allianzen mit den Konservativen zuneigen, und faschistischen „Hardlinern“ glauben. So heißt es da: „Es scheint, als ob ich in den Augen bestimmter ehrgeiziger Herren, die zu allem breit sind, um Karriere zu machen, das einzige Hindernis für fruchtbare Wahlbündnisse mit der Rechten sei.“ Beiläufig erinnert der Text auch an frühere Parteimitgliedschaften der Köpfe des „kriminellen Manövers“ und der „Subversion“, deren Opfer seine Partei sei: „Bruno Mégret, ehemaliger Kader des (gaullistischen) RPR, und Jean-Yves le Gallou, ehemaliger Kader der (liberalchristdemokratischen) UDF“. Die beiden – durch Le Pen ausgeschlossenen – FN-Funktionäre waren Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre tatsächlich Führungsmitglieder dieser beiden großen Parteien. Dort waren sie aber nicht als bürgerliche Demokraten eingetreten, sondern im Rahmen einer Entrismus-Strategie aufgestiegen, den die Denkfabriken der „Neuen Rechten“, GRECE und Club de l'Horloge, damals als Form der Kaderpolitik betrieben.

Aktivisten und Apparat gegen Le Pen

Wie wird es mit dem FN weitergehen? Es muß als höchst unwahrscheinlich gelten, daß Jean-Marie Le Pen die Kader und Aktivisten nochmals hinter sich versammeln kann, da er in seinem zornigen und bornierten Machterhaltsgebaren derzeit seine eigene Partei mit der Spitzhacke bearbeitet. So wurde die Erklärung über „Rassisten und Extremisten“ in den eigenen Reihen von den Aktivisten übel aufgenommen, die sich seit Jahren erbittert gegen solche Vorwürfe von außen wehren.

Im „Säuberungsfieber“ versucht Le Pen darüber hinaus, den hauptamtlichen Apparat zu zerschlagen, dem nach seinen

Aussagen 120 bezahlte Mitglieder angehören, während „20 genügen würden“.

Wahrscheinlich ist, daß Le Pen nur der ältere und daher passive Teil der Mitgliedschaft verbleiben wird. 62 von 100 Departements-Sekretären (eine Art Bezirksvorsitzende) und eine Mehrheit der 275 FN-Abgeordneten in den Regionalparlamenten – auf nationaler Ebene sind die Neofaschisten, aufgrund des Mehrheitswahlrechts, nicht im Parlament vertreten – stehen derzeit hinter Mégret.

Parteitag der „Mégretisten“ ...

Die Mégretisten werden nunmehr am 23. und 24. Januar in Marignane ihren „außerordentlichen Parteikongreß“ abhalten, auf dem – da Le Pen und seine Getreuen angekündigt haben, nicht zu erscheinen – auch eine neue Führung gewählt werden soll. Ein „Erneuerungskongreß“ des Front National, wie die Mégret-Anhänger behaupten – oder Gründungskongreß einer neuen politischen Formation, die sich vom FN abgespaltet, wie Le Pen angibt?

... und Rechtsstreit um den Parteinamen

Darüber wird der Rechtsstreit um die Benutzung des Parteinamens „FN“ entscheiden. Le Pen hat ihn zwar 1985 auf seinen Namen eintragen lassen, die Eintragung aber 1995 nicht erneuern lassen, obwohl dies in zehnjährigem Abstand erforderlich ist.

Die Mégretisten ihrerseits haben ihn am 10. Dezember beim Patentamt INPI für sich angemeldet, und die linke Wochenzeitung *Charlie Hebdo* ihrerseits hat ihn am 18. Dezember (die Anmeldung vom 10.12 war noch nicht offiziell eingetragen) ihrerseits für sich beansprucht.

Die satirische Wochenzeitung beabsichtigt, ihn den Widerstandskämpfern aus dem Zweiten Weltkrieg zurückzugeben – eine von der französischen KP 1941 lancierte Resistance-Organisation trug bereits den Namen „Front National“ als Abkürzung für den längeren Titel „Nationale Front für die französische Unabhängigkeit“.

Der Rechtsstreit kann lang werden

Der Rechtsstreit verspricht lang und kompliziert zu werden. Eine erste Vorentscheidung fiel am 12. und 15. Januar, als das Pariser Zivilgericht in erster Instanz über eine Klage des Le Pen-Lagers zu entscheiden hatte. Die Klage zielte darauf, den Mégretisten per einstweiliger Verfügung die Benutzung des Parteinamens „FN“ sowie der Mitgliederlisten der neofaschistischen Partei zu verbieten – doch sie wurde abgeschmettert.

Die Richter urteilten, eine „offenkundig rechtswidrige Störung“, die eilig abgestellt werden muß – juristische Voraussetzung für den Erlass einer einstweiligen Verfügung – liege nicht vor. Le Pen sei es daher zuzumuten, den Ausgang eines normalen Gerichtsverfahrens abzuwarten – und das kann Monate oder auch Jahre dauern.

Ein wichtiger vorläufiger Sieg für die Mégret-Anhänger.

Eine Spaltung wie in Italien?

Wie auch immer die beiden künftigen Organisationen heißen mögen: auf Dauer wird wohl nur eine Großpartei überleben. Nicht unwahrscheinlich ist ein von der Form her an die italienische Entwicklung erinnerndes Szenario mit einer großen, „respektabel“ gewordenen rechtsextremen Formation (der MSI nach einer Umwandlung in die Alleanza nazionale) und einer sehr viel kleineren Restpartei der Traditionalisten (MSI-Flamme tricolore).

Die EU-Wahl wird wichtig

Die Europaparlamentswahl stellt dabei eine noch zu umschiffende Klippe für die Mégret-Anhänger dar. Denn zwar weiß Bruno Mégret den Großteil des FN-Apparats und der aktiven Kader hinter sich. So sind seit dem letzten Wochenende nunmehr auch an die 10 – von 22 – Regionalabteilungen des DPS (Department Protection – Securite, „Abteilung Schutz und Sicherheit“), die „Miliz“ der neofaschistischen Partei, die Le Pen persönlich untersteht und ihm allein verantwortlich ist, offen zu Mégret übergelaufen.

Schlechte Karten für die „Mégretisten“?

Doch in der Wählerschaft, bei welcher eher der Name Le Pen die „Legitimität“ der rechtsextremen Bewegung verkörpert und die sich um die inneren Angelegenheiten wenig schert, haben die Mégretisten bisher noch einen schweren Stand.

Zwei Umfragen des Instituts CSA, die beide in der zweiten Dezemberhälfte – für die Tageszeitung *Liberation* sowie das Wochenmagazin *L'Evenement* – durchgeführt wurden, belegen dies. Demnach würden aktuell 4 bzw. 5 Prozent der Wählerschaft für eine „Liste Mégret“ stimmen, 10 bzw. 9 Prozent für eine „Liste Le Pen“. Einzig bei den besser verdienenden – oberhalb von 15.000 Francs (5.000 DM) im Monat – hat Mégret klar die Nase vorn.

Eine Trumpfkarte haben die Mégretisten aber auf jeden Fall in der Hinterhand. Die älteste Tochter des bisherigen FN-Chefs, Marie-Caroline Le Pen (38), ist die Lebensgefährtin von Philippe Olivier – „rechte Hand“ Mégrets – und wurde deswegen von ihrem Vater im Dezember „live“ auf dem TV-Bildschirm verstoßen, der von „familiärem Verrat“ sprach.

Es gilt mittlerweile als höchstwahrscheinlich, daß es neben einer „Liste Le Pen“, die vom alternden FN-Gründervater geführt wird, bei den Europaparlamentswahlen eine Liste „Mégret /Le Pen“ geben wird, mit Marie-Caroline auf dem Listenplatz Nummer 2.

Ein solcher Listenname, der auf den ersten Blick an eine Einigung zwischen den Kontrahenten denken läßt, dürfte seine Wirkung nicht verfehlen.



KOLUMBIEN FRIEDENS- VERHANDLUNGEN AUF KU- BA

Der kolumbianische Präsident Andres Pastrana ist zu einem Besuch in Kuba eingetroffen. Bei den Gesprächen mit Fidel Castro gehe es vor allem um den Friedensprozeß in Kolumbien. Man dürfe die Bedeutung Castros für den Friedensprozeß nicht unterschätzen. Zu den Gesprächen gesellte sich dann der vor kurzem gewählte neue Präsident Venezuelas Hugo Chavez. Chavez war als Militär an der Grenzregion Venezuelas zu Kolumbien stationiert. Ihm werden gute Kontakte zu den Revolutionären in Kolumbien nachgesagt.

Bild: Kolumbiens Präsident Pastrana begrüßt Commandante Raul Reyes, einem der Führer der Guerillaorganisation FARC.

PKK-Vorsitzender Öcalan aus Italien abgereist

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, ist am 17. Januar aus Italien wieder abgereist. Das Ziel der Abreise war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. In der Presse wurde als Zielort Südafrika genannt. Den Umständen der Abreise nach ist zu vermuten, daß Öcalan dem von seiten der italienischen Regierung ausgeübten Druck gegen ihn nachgegeben hat und in eine Abreise eingewilligt hat. Vor allem seitens der USA und der Türkei war in den letzten Wochen massiver Druck auf die italienische Regierung ausgeübt worden, Öcalan keinen dauerhaften Aufenthalt zu gewähren. Abgeordnete der italienischen Linken erklärten nach der Abreise, in ihren Augen könne Öcalan jederzeit als freier Mann Italien wieder besuchen. Gegen ihn läge in Italien nichts vor. Sollte sich der Zielort Südafrika bestätigen, so hätte die kurdische Bewegung mit Mandela sicher einen wichtigen Helfer für ihre Bemühungen um eine politische Lösung der kurdischen Frage gewonnen. In Europa aber bedeutet die Abreise Öcalans zunächst einen Rückschlag für die Bemühungen um eine politische Lösung. Zudem wäre eine politische und militärische Führung des Kampfes in Kurdistan aus Südafrika sicher sehr kompliziert. *rül*

China: Bauerndemonstrationen

Bei einem Polizeieinsatz gegen demonstrierende Bauern sind nach Angaben des

Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratie in China ein Mensch getötet und an die 100 verletzt worden. Etwa 1000 Polizisten seien gegen 3000 Bauern eingesetzt worden, die gegen hohe Steuern und Korruption demonstriert hätten. Die Familie des Todesopfers habe von den Behörden eine Entschädigungszahlung erhalten. Rund 110 Bauern sind verhaftet worden.

Die Bauern in den Provinzen gehören zu den großen Verlierern des chinesischen Kapitalismus. Mit Getreideanbau ist kein Geld mehr zu verdienen. Die Preise sind niedrig, während die Kosten für Dünger und landwirtschaftliche Geräte ständig steigen. Die neuen Machthaber in den Dörfern erlassen zudem allerlei Steuern und Abgaben, die dann aber nicht für Gemeinschaftsprojekte ausgegeben werden, sondern den Privatgeschäften der Dorffunktionäre dienen. Der Unmut der Bauern gegen dieses Gebaren häuft sich in den letzten Jahren in China.

Ausgangspunkt für den heftigen Aufbruch wie den oben beschriebenen aus dem Dorf Daolin ist die Heimatregion von MaoTsetung, die Provinz Hunan, wo einst die chinesische Revolution ihren Ausgang nahm.

China: Mehr Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in chinesischen Städten wird nach Informationen der amtlichen Medien in diesem Jahr auf 16 Millionen steigen: Ein Grund dafür sei, daß 1999 eine Rekordzahl von elf Millionen Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt

dränge, berichtete die Wochenzeitung „China Daily Business“ am Sonntag, den 17.1.99. Außerdem werde die Situation durch die geplante Entlassung von rund sechs Millionen Menschen aus dem öffentlichen Dienst und weiteren 170 000 aus der Armee verschärft.

Der Zeitungsbericht machte keine Angaben über die Zahl der Arbeitslosen in ländlichen Gebieten Chinas. Sie werden auf insgesamt rund 160 Millionen geschätzt. In China leben heute rund 1,23 Milliarden Menschen. 1999 wurden in chinesischen Städten lediglich sechs Millionen neue Stellen geschaffen, berichtete die Zeitung: Weitere acht Millionen Stellen würden im Lauf des Jahres 1999 frei. Dem stehe eine Zahl von 30 Millionen Arbeitssuchenden gegenüber.

Honduras: Bananenarbeiter entlassen

(Tegucigalpa, 6. Januar 1999, pulsar-Poona).- Fast 10 000 Bananenarbeiter sind seit heute nicht nur ohne Häuser und ohne Essen, sondern auch noch ohne Arbeit. Die nordamerikanischen Bananenunternehmen Chiquita Brands und Castle and Cook haben ihre Exporte wegen der durch Hurrikan Mitch verursachten Schäden bis zum Jahr 2000 eingestellt. Beide Unternehmen sind seit einem Jahrhundert in dem mittelamerikanischen Land präsent und haben hier große Reichtümer erwirtschaftet. Doch bereits kurz nachdem Mitch das Land verwüstet hatte, kündigten sie die nunmehr erfolgte Massenentlassung an.

Chiquita besitzt in Honduras etwa 300 Bananenplantagen und hat versprochen, den ehemaligen Beschäftigten eine Entschädigung von 80 US-Dollar monatlich zu zahlen.

Die betroffenen Arbeiter zeigten sich gegenüber dieser Ankündigung ausgesprochen skeptisch, da so etwas noch nie geschehen sei.

Portugal: Kommunisten fordern eine soziale EU

Die gemeinsame Fraktion aus Kommunisten (PCP) und Grünen stimmte in der vergangenen Woche gegen die Ratifizierung des Amsterdamer EU-Vertrages. PCP-Generalsekretär Carlos Carvalhas sagte zur Begründung: „Der Vertrag von Amsterdam hat eine neoliberale und monetaristische Orientierung. Er zementiert Ungleichheit und schafft Ungerechtigkeit in Europa.“ Die Kommunisten fordern einen anderen Kurs für Europa. „Die Europäische Zentralbank muß demokratischen Kontrollmechanismen unterworfen werden. Ihr Ziel soll ein reales Zusammenwachsen der europäischen Ökonomien sein, nicht die Sicherung der Preisstabilität“, so Carvalhas. Die PCP werde weiter für ein soziales Europa streiten.

Zusammenstellung: hav

PINNEBERG. Über 60 Flüchtlinge und mehrere Unterstützer/innen demonstrierten gegen die Entscheidung der Ausländerbehörde des Kreises, ihnen das Recht auf Arbeit zu verweigern. Sie kritisieren in einer Resolution die Anmaßung der Behörde, einen Vermerk, der ihnen die Schuld an der nicht erfolgten Ausreise zuschiebt, automatisch zu vergeben. Ein solcher Vermerk sei nur gerechtfertigt, wenn Ausreisepapiere nachweislich vernichtet oder keine Kooperation mit

der Behörde bestehe. Die Flüchtlinge haben aber entweder keine Papiere beses-

Vermerk verlieren sie nach dem Bundesgesetz auch den Anspruch auf Arbeitslo-



sengeld und -hilfe. „Das Ziel der Ausländerbehörde ist es, automatisch Ausschlusskriterien zu schaffen“, sagt Lulendo Gaputu von der Selbstorganisation der Flüchtlinge. Damit werde es unmöglich eine Alt-fallregelung zu erreichen. Diese bietet Asylsuchenden, die seit acht Jahren hier leben und ihren Unterhalt selber

sen oder diese sind während des Asylverfahrens eingezogen worden. Mit dem

sicherten, eine Aufenthaltsgenehmigung.

„Land in Sicht“

KÖLN. Das erste Wanderkirchenasyl Deutschlands hat Geburtstag. Am 21. Januar wird es ein Jahr alt – ein Jahr Kampf von mittlerweile 300 illegalisierten kurdischen Frauen, Männern und Kindern für die Legalisierung von Flüchtlingen, für einen Abschiebestopp in die Türkei, für ein Bleiberecht für die, die bleiben wollen. Deshalb wird am 23. Januar eine Arche der Flüchtlinge gebaut, eine Arche Noah als Symbol für die beharrliche Suche nach Zukunft und sicherem Leben. Ab 11 Uhr auf dem Rudolfplatz: Bau der Arche, 12 Uhr Demonstration, anschließend Kundgebung mit Mehdi Zana, Dorothee Sölle, Ellis Huber, Ärztekammer Berlin, Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Madjiguène Cissé, Sans Papiers Frankreich, Dr. Rodi Demir Kapi, Schriftsteller, Klezmer-Musik, Koma Siyar, kurd. Folklore, Heinrich Pacht, Kabarettist.

Bundesweite Demo am 20.2. für Mumia Abu-Jamal

HAMBURG. Schon einmal verhinderte eine internationale Kampagne die Aussetzung der Hinrichtung des afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal. Damals demonstrierten 5000 Menschen in Berlin. Jetzt, dreieinhalb Jahren später, droht die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls erneut, und das Leben des ehemaligen Militanten aus der Führung der Black Panther Party ist akut bedroht. Im Unterschied zu 1995, wo sich die internationalen Proteste erst mit dem Näherücken des Hinrichtungstermins ausweiteten, befürchten Mumias Anwälte, daß zwischen der Unterzeichnung und der Vollstreckung diesmal nur wenige Wochen bis Monate verbleiben. Zum ei-

nen ist der Rechtsweg inzwischen weitgehend ausgeschöpft, und zum anderen wurde die Hinrichtungsmaschinerie in den vergangenen Jahren perfektioniert. Die Lage ist für Mumia Abu-Jamal ausgesprochen ernst, und nur massiver Druck könnte Gouverneur Ridge dazu veranlassen, daß er von der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls ausgerechnet bei einem politischen Gefangenen und entschiedenen Kritiker der Todesstrafe absieht. In diesem Sinne ruft das Solidaritätsbündnis zu einer bundesweiten Demonstration am 20. Februar in Hamburg auf, die unter vielen anderen Gruppen auch vom Hamburger Landesverband der VVN/BdA unterstützt wird. gen Todesstrafe! *Wolfram Siede*

Bleiberecht für Lübecker Hafenstraßen-Opfer

LÜBECK. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus hat die Mitteilung des Innenministeriums in Kiel, daß den Überlebenden des Brandanschlags vom 18.1.96 ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt wird, mit Freude und Erleichterung aufgenommen. Seit drei Jahren kämpfen wir gemeinsam mit den Überlebenden und zahlreichen anderen Initiativen und Gruppen für eine humanitäre Regelung. Wir sind überzeugt, daß es ohne dieses Engagement nicht zu der jetzigen positiven Entwicklung gekommen wäre. Die Situation der Unsicherheit war mit der Zeit immer unerträglicher geworden. Die Entscheidung aus Bonn und Kiel war daher überfällig. Wir erwarten, daß die versprochenen Regelungen jetzt unverzüglich umgesetzt werden.

Da – nach geltender, unbefriedigender Rechtslage – im ersten Schritt nur befristete Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden können, ist das dauerhafte Bleibe-

recht noch nicht gesichert. Wir werden die Angelegenheit dabei nicht aus den Augen verlieren und gemeinsam mit den Überlebenden darauf achten, daß letztlich ein dauerhaftes Bleiberecht erreicht wird.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Städtische Infokampagne zum neuen Staatsbürgerschaftsrechts!

MÜNCHEN. Ziel ist es, sowohl die in München betroffenen Ausländer als auch die deutsche Wohnbevölkerung über die Ziele des neuen Staatsbürgerschaftsrechts zu informieren. Fraktionschef Siegfried Benker will auch Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, die Träger der Wohlfahrtspflege und Ausländerorganisationen sollen um ihre Mitarbeit bitten. Siegfried Benker: „Das jetzige Staatsbürgerschaftsrecht bedeutet die dauerhafte Ausgrenzung von Menschen, die zum Teil seit 40 Jahren hier leben oder bereits in der dritten Generation hier geboren wurden ... Doch mit falschen Argumenten und dem Versuch, die BürgerInnen zu hysterisieren wird das Vorhaben einer Modernisierung bekämpft. Besonders Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung haben sich hier unruhiglich hervor getan. Eine städtische Informationskampagne, die weitgehend von der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit, dem Ausländerbeirat, dem Kreisverwaltungsreferat und dem Presse- und Informationsamt getragen werden sollte, wäre der richtige Weg um die Debatte zu versachlichen. Es gilt auch darzustellen, daß die in der Öffentlichkeit besonders intensiv diskutierte doppelte Staatsbürgerschaft toleriert werden sollte, um den Lebenssituationen vieler Einwanderer gerecht zu werden.

Markus Viellvoye, Pressestelle B90/Grüne im Rathaus

Heute schon Schnee gefegt?

VEBA sagt die Rückzahlung von 4,85 Mio. DM Mietnebenkosten zu

ESSEN. Spätestens seit der „Spiegel“ Ende November darüber berichtete, sind die unsauberen Abrechnungsmethoden und Betrugsfälle bei der VEBA Immobilien AG allgemein bekannt. In etlichen VEBA-Nebenkostenabrechnungen wurden Betriebs- und Heizungskosten falsch abgerechnet. Der Posten Winterdienst tauchte auch schon einmal auf, wenn gar kein Schnee gefallen ist. Mietervereine in mehreren Ruhrgebietsstädten haben den Skandal bekannt gemacht und den Betroffenen Hilfe bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zugesagt. Gleichzeitig laufen inzwischen auch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die VEBA.

VEBA Immobilien ist mit ca. 130.000 Wohnungen der größte private Wohnungsbesitzer in der BRD. Der Schwerpunkt des Wohnungsbestandes liegt im Ruhrgebiet. Allein in Essen gehören der VEBA Immobilien rund 13.000 Wohnungen, womit sie nach der städtischen Allbau AG und Krupp Wohnen der drittgrößte Vermieter ist. Während 6–8 % Gewinne aus der Vermietung großer Wohnungsbestände das Übliche sind, hat VEBA Immobilien eine Vorgabe, 12 % und mehr zu erzielen. Um Mieten steigern zu können, hat VEBA ein eigenes Wohn-

wertkonzept entwickelt und rühmt sich, das Vermieten „neu erfunden“ zu haben.

In Gelsenkirchen hat sich ein Arbeitskreis aus Mieterinitiativen und Mietervereinen aus dem Ruhrgebiet gebildet, der über die Einzelfälle hinaus Mieterinteressen gegenüber der VEBA Immobilien vertreten will. Möglichst viele Nebenkostenabrechnungen sollen geprüft werden, „um eventuell beweisen zu können, daß es sich eben nicht um bedauerliche Einzelfälle handelt“, heißt es in einer Presseerklärung der Mietergemeinschaft Essen. Die Mietervereine fordern die vollständige Offenlegung der bisherigen Abrechnungspraktiken. Außerdem soll die VEBA eine Selbstverpflichtung abgeben, daß sie die „zweite Miete“ nicht mehr als Geschäftsfeld für Unternehmensgewinne mißbrauchen wird.

Solche Geschäfte mit den Nebenkosten sind bisher gang und gäbe. Seit längerem rechnet die VEBA Immobilien AG fast nur über VEBA-Töchter ab (in der Regel Concepta GmbH oder VEBA WärmeContracting GmbH). Dadurch ist nicht mehr überprüfbar, wer tatsächlich diese Leistungen erbracht hat bzw. welche Kosten wirklich anfielen. Die VEBA hat eingeräumt, daß ihre Tochtergesell-

schaften einen sogenannten „Regiekostenzuschlag“ von ca. 15 % aufschlugen. So sollen allein bei der Gartenpflege ca. 1,7 Millionen Mark jährlich „erwirtschaftet“ worden sein – nach Ansicht der Mietervereine ein unzulässiges Scheingeschäft.

Inzwischen hat die VEBA dem Druck nachgegeben. Sie will Nebenkosten in der Höhe von 4,85 Mio. DM zurückzahlen, versprach mehr Transparenz bei den Abrechnungen und die Einrichtung einer Schiedsstelle für Zweifels- und Streitfälle. In dieser Schiedsstelle soll der Bundesdirektor des Mieterbundes, Franz-Georg Rips, mitarbeiten. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, ein Ende der Auseinandersetzung ist jedoch noch nicht abzusehen, erklärten die Mietervereine Bochum, Dortmund, Essen und Hattingen. Sie empfahlen den VEBA-Mieter/-innen, ihre Abrechnungen weiterhin genau zu prüfen und Widerspruch einzulegen, wenn etwas nicht stimmt. Die Beratungstätigkeit der Mietervereine ist um so wichtiger. Und um langfristig Mieterrechte auszubauen, setzen sich die Mietervereine für den Aufbau siedlungsbezogener Mieterräte bei der VEBA Immobilien ein.

syb, wof

Nord-Süd-Solidarität

Kampagne

SCHWEINFURT. Erlaßjahr 2000 ist eine internationale Kampagne in verschiedenen Gläubiger- und Schuldnerländern. An vielen Orten verlangen Bürgerinnen und Bürger von ihren Regierungen und Banken einen schuldenfreien Neuanfang für die Menschen in den überschuldeten Ländern des Südens. Erlaßjahr 2000 wurde in Deutschland angestoßen vom „Initiativkreis Entwicklung braucht Entschuldung“, dem 31 Organisationen aus dem Nord-Süd-Bereich angehören.

Eine alte Idee

Bereits in der Antike zeigt sich, daß eine dauerhafte Verarmung von Schuldnern und Bereicherung von Gläubigern für eine Gesellschaft äußerst gefährlich ist. Die Einrichtung eines regelmäßigen „Jubel“- oder Erlaßjahres im biblischen Buch Leviticus begrenzt diesen Prozeß: Alle 50 Jahre sollen Schulden erlassen und Schuldklaven freigelassen werden. Darüber hinaus soll diesen Kleinbauern ihre Lebensgrundlage zurückgegeben werden, indem sie auf ihr vorher gepfändetes Land zurückkehren. Unsere modernen nationalen Konkurs- und Insolvenz-

Appell „Erlaßjahr 2000“

Ich finde mich nicht damit ab, daß mehr als eine Milliarde Menschen die Jahrtausendwende in lebensbedrohender Armut erleben – während ihre Länder wegen Auslandsschulden riesige Zahlungen an Regierungen und Banken im Norden sowie an die internationalen Finanzinstitutionen leisten.

Ich will, daß diesen Menschen im Jahr 2000 ein Neuanfang ohne erdrückende Schuldenlast ermöglicht wird.

Ich fordere, deshalb von den Banken, der Bundesregierung und den internationalen Finanzinstitutionen einen umfassenden Erlaß der untragbaren Schulden armer Länder für das Jahr 2000.

Ich erwarte, daß die durch den Schulden-



erlaß freiwerdenden Mittel dazu benutzt werden, die Möglichkeiten der Armen zur Selbsthilfe zu stärken.

Ich befürworte ein völkerrechtlich verankertes Verfahren in Fällen schwerer Verschuldung armer Länder („Internationales Konkurs-/Insolvenzrecht“), damit der verhängnisvolle Kreislauf der Verschuldung durchbrochen werden kann.

rechte nehmen diese Logik auf, indem sie unter Überschuldungssituationen einen Strich ziehen, der allen Beteiligten einen Neuanfang ermöglichen soll. Die bevorstehende Jahrtausendwende gibt uns einen Anlaß, einen solchen Schutzmechanismus nicht nur auf überschuldete Menschen im eigenen Land, sondern auch auf die armen und überschuldeten Menschen des Globus anzuwenden.

Dazu sollen zwei Dinge geschehen:

Zur Jahrtausendwende sollen den Ländern mit niedrigem und mittlerem Ein-

kommen alle Schulden soweit erlassen werden, daß ein Neuanfang möglich wird. Die Entscheidung über den Schuldenerlaß 2000 soll nicht von den Gläubigern, sondern von einer neutralen Schiedsinstanz getroffen werden, vor der sich Schuldner und Gläubiger auch zu einer verantwortlichen zukünftigen Politik verpflichten, statt daß, wie bisher üblich, der Gläubiger Kläger und Richter in einer Person ist.

Weitere Informationen bei „Erlaßjahr 2000“, c/o Südwind e.V., Lindenstr. 58 – 60, 53721 Siegburg)

Demokratie an der Uni weiter beschränkt

Eine Sonderausgabe des Universum – Zeitung des AStA der Uni Augsburg berichtet über eine 2. Rechtsaufsichtsbeschwerde, die ein Student aus dem rechten Lager gegen die Augsburger Unileitung eingereicht hat. Der AStA schreibt darin u.a.

„Eine weitere Rechtsaufsichtsbeschwerde traf unsere Unileitung. Dieses Mal kam sie von einem Studenten aus Passau, der sich gegen das „Augsburger Modell“ richtete, das eine Erweiterung des bayerischen Hochschulgesetzes darstellt. Im bayerischen Hochschulgesetz ist nämlich nur ein studentischer Konvent festgeschrieben, in welchem die direkt bei den Uniwahlen (die in jedem Sommersemester stattfinden) gewählten Vertreter sitzen. In unserem Studierendenparlament (StuPa) sind zusätzlich zu diesen Vertretern auch aus jedem Fachbereich Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder vorgesehen. Wir erachten dies für sinnvoll, da so auch auf die Belange eines jeden Fachbereichs eingegangen werden kann.

Obwohl unsere Unileitung dem Wissenschaftsministerium von ihren guten Erfahrungen mit diesem Modell berichtete, sah das Ministerium unser Modell

als Verstoß gegen zwingendes Hochschulrecht und forderte die strikte Einhaltung des bestehenden Rechts. Das hat zur Folge, daß ein wichtiges studentisches Gremium – nämlich das Studierendenparlament (StuPa) – abgeschafft werden muß, welches den Allgemeinen Studierenden-ausschuß (AStA) wählt. Da-



durch wird natürlich auch dessen Existenz gefährdet: Wenn das StuPa nicht mehr tagt, ist eine demokratische Kontrolle des AStA sowie dessen Wahl nicht mehr gegeben. Eine Hoffnung bleibt noch: Die Augsburger Uni hat durch das neue Bayerische Hochschulgesetz (Experimentierklausel) die Möglichkeit, das „Augsburger Modell“ in Grundzügen als Rechtsverordnung durchzusetzen und somit das StuPa wieder einzuführen. Doch das kann dauern.

Wir arbeiten gerade an einem Ent-

wurf, der versucht, das „Augsburger Modell“ weitestgehend beizubehalten. Dieser Entwurf muß jedoch erst von der Unileitung beim Ministerium eingereicht werden. Erst wenn das Ministerium unserem Entwurf zustimmt, kann dieser für fünf Jahre an unserer Uni geltendes Recht werden.“

Der AStA hat Ende 1998 in zahlreichen Aktionen an die Forderungen des Hochschulstreiks im November/Dezember 1997 erinnert. Diese wurden nicht nur komplett von Seiten der bayerischen Staatsregierung ignoriert, sondern die Lage an der Augsburger Universität hat sich dramatisch verschlechtert. Unter dem Motto „Neues Hochschulrecht. Bert blecht! Jetzt erst recht“ verliehen die Studierenden u.a. mit einer „Grablichteraktion“ ihrer Trauer um das Ende des Augsburger Modells Ausdruck. Tatkraft und Einsatz forderte eine andere Aktion, bei der Hürden mit Kennzeichnungen des neuen bayerischen Hochschulgesetzes zu überwinden waren, z.B. Unietat, Verwaltungsdschungel, Studienfinanzierung und Demokratie-Beschneidung. Die Lösung der Studierendenvertretung lautete: „Der AStA arbeitet weiter!!!“

Rechtsaufsichtsbeschwerden als Modeerscheinung ?

Feinbild Nummer eins: linke ASten

Unsere Uni ist nicht die einzige! Neben den in Bayern laufenden Rechtsaufsichtsbeschwerden, die hauptsächlich die Organisation der Studierendenvertretung betreffen, haben legitimierte ASten nördlich Bayerns wegen ihrer politischen Äußerungen gegen Rechtsextremismus zu kämpfen.

Auch der AStA der Uni Münster wird erneut mit einer Klage konfrontiert. Nach der letzten Klage, die von dem für das 45. Semester immatrikulierten Studenten Rene Schneider ausging, wurde am 9. September von Frank Otte gegen die antirassistische Kundgebung an der Münsteraner Dominikanerkirche geklagt. Hier offenbart sich schon der politische Charakter der Klagen. Die Kläger begründeten ihr Ansinnen stets mit den vermeintlichen „Grundrechts-Verletzungen“, die der „böse AStA“ an ihnen verüben würde. Betrachtet man jedoch die Veranstaltungen und Äußerungen, die bisher beklagt wurden, so fällt auf, daß diese häufig quer zum gesellschaftlichen Konsens lagen. Um die Zensur kritischer Stimmen und Unterdrückung studentischer Meinungsfrei-

heit handelt es sich auch in dem aktuellen Fall. Die Veranstaltung war von Anfang an als breites Bündnis vieler Gruppen geplant. Der Redebeitrag des AStA war explizit hochschulpolitisch gehalten. Thema war v.a. die Lage der ausländischen Studierenden, die sich dramatisch verschlechtert hat. Die Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit, wie sie durch die unwissenschaftliche und polemische Diffamierung der Wehrmachtsausstellung von Gruppen vom Bund der Vertriebenen (BdV) über den Verband Deutscher Soldaten (VDS) bis zur NPD ausgeübt werden, hätten bedrohliche Ausmaße angenommen. Und zu all diesen Dingen, die im engsten Sinne hochschulpolitischen Bezug haben, soll sich ein AStA nicht äußern dürfen?

Schaun wir uns doch mal an, wer da klagt: In Marburg ist es der Republikaner Eike Erdel, der zugleich Burschenschaftler und Reserveleutnant a.D. der Bundeswehr ist. Beim Bielefelder Klagebündnis ist ein Autor der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“, Zentralorgan der „Neuen Rechten“, aktiv.

Schneider, der sich großspurig als „Koordinator“ der Klagewelle ausgibt, hat zu all diesen Aktivisten Kontakt und arbeitet zumindest auf informeller Basis mit diesen zusammen. Offensichtlich scheint es so, als wurden über die „Junge Freiheit“ und den Republikanischen

Hochschulverbund (RHV) klagewillige Studierende gesucht, gefunden und an Schneider weitervermittelt, der für diese dann die Antrags- und Klageschriften aufsetzt. Die Mär von der „unpolitischen Klage“ wegen der vermeintlichen Wahrnehmung des Allgemeinpolitischen Mandats war ohnehin nie haltbar.

Angewandt wurden die Kläger durch nicht hochschulpolitische Äußerungen der Studierendenvertretung in ihren Grundrechten verletzt (Art. 2, I GG), da sie Zwangsmitglieder einer in NRW bestehenden Verfaßten Studierendenschaft seien (in Bayern gibt es nicht einmal eine Verfaßte Studierendenschaft). Doch welche gesetzliche Maßnahme, die nicht-studierende AusländerInnen betrifft, tangiert nicht auch ausländische Kommilitonen? Dies gilt ebenso für den Bereich Sozialabbau wie Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenhaß. Insofern ist die Trennung absurd und verfolgt seit ihrer Einführung lediglich den Zweck, nicht im gesellschaftlichen Konsens liegende Äußerungen linker ASten abzustrafen.

Wir nehmen die Zensur nicht hin! Eine solche Vorgehensweise verurteilen wir und fordern nachdrücklicher als zuvor das Politische Mandat für die Verfaßte Studierendenschaft und ihre Einführung in Bayern und Baden-Württemberg! Aus: Universum, Dez. 1998

Das City-Service-Konzept von „Hinz & Kunzt“

Anmerkungen zur neoliberalen Beschäftigungs„politik“

HAMBURG. Mit einem „City-Service“ Konzept mischt sich die Hamburger Obdachlosenzeitung Zeitung Hinz & Kunzt (Ausgabe Dezember 98, S 4f) in die Debatte um die „Unwirtlichkeit und Verwahrlosung“ der Stadt ein. Laut dem Konzept sollen 50 ehemalige H & K VerkäuferInnen und andere Arbeitslose in einem Beschäftigungsprogramm als „City-Service-Team“ eine Arbeit finden. Die MitarbeiterInnen, die an ihren „freundlichen Uniformen“ erkennbar seien, sollen helfen, die Innenstadt wieder attraktiver zu gestalten, so daß sich alle wohl fühlen: Sie sollen als GepäckträgerInnen, ParkplatzanwieserInnen und Kuriere für die shoppenden Passanten auf Abruf bereitstehen. Es soll einen Shuttle Service geben, der in der Innenstadt die vom Flanieren und vom Einkaufen erschöpften Menschen in Ergänzung zum HVV-Angebot befördern soll – „Es muß ja nicht die Rikscha sein, ein Minibus täte es auch.“ Durch Präsenz der „City-Service“ Mitarbeiter solle ein „Sicherheitsgefühl“ vermittelt werden, und schließlich wünsche man sich ja auch, daß es bald nicht mehr so viele Bettler und Junkie gäbe, allerdings nicht durch Vertreibung in die „Harburger Berge“, sondern durch Hilfe ...

Die Debatte um die „Unwirtlichkeit der Stadt“ ist spätestens seit der berichtigten Senatsdrucksache von Innensenator Wrocklage (SPD) im Sommer 1996 auch in Hamburg voll entbrannt: „Aggressives Betteln“, welche „die Entscheidungsfreiheit und das Sicherheitsempfinden“ der Bürger stören würde, wurde zu einem der vordringlichsten Probleme in der Innenstadt und der „Innenpolitik“ erklärt. Die Lösung sollte die Vertreibung der Armen sein. Die Bekämpfung der Armut war natürlich nicht vorgesehen. Seitdem gibt es vor allem von der Handelskammer, aus rechten SPD-Kreisen, aber inzwischen aber auch aus der GAL, wie der Stadtentwicklungssenator Wilfried Maier mit dem „Grünen Bettlerpapier“ dokumentierte, immer wieder Vorstöße und auch zunehmend praktische Senatspolitik, die Armut als Problem der Armen sieht. Diese politische Konzepte sind darauf ausgelegt, mit mehr Polizei, mit immer mehr privaten Sicherheitskräften, mit repressiven Maßnahmen und auch Sozialpolitischen Verordnungen (Mietobergrenzen für Sozialwohnungen!) die VerliererInnen der sozialen Polarisierung der letzten 25 Jahre aus den

urbanen Zentren und Unterzentren zu vertreiben, damit sie die schöne Neue Welt der Einkaufszentren, Passagen und neu geschaffenen Eigentumswohnungen nicht weiter stören mögen.

Bezeichnenderweise geht es bei diesem Diskurs nicht um die Schaffung von tatsächlicher Sicherheit: Es geht weder um soziale Sicherheit, die durch gesellschaftliche Partizipation entsteht; noch

stungsgesellschaft bereichern und die in der neoliberalen Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft vor allem als Schuhputzer und Kofferträger in ihrer Armut nützlich sein sollen, ist schon voll verinnerlicht. Die Vorschläge der Biedenkopfschen „Zukunftskommission“ scheinen direkt Pate gestanden zu haben, für das „City-Service“ Konzept: Erwerbsarbeit soll laut dieser Zukunftskommission vor

allem dadurch entstehen, daß das Lohnniveau und das soziale Transferriveau weiter gedrückt werden, so daß Erwerbslose in „Eigenverantwortung“ und mit „Leistungsbereitschaft“ als „selbständige Dienstleister“ ihr Dasein fristen können. Armut soll auch in diesen Vorstellungen nicht mehr stören und statt dessen „dienstbar“ und „sauber und ordentlich“ sein.

Im schlechten Sinne versucht sich Hinz & Kunzt so an dem Diskurs zur „Unwirtlichkeit“ und zur „Neuen Dienstleistungsgesellschaft“ vorbeizumogeln. Die Bettler und Junkies sind eben doch das Problem, und um dieses in den Griff zu bekommen, sollen diese eben nicht mehr Betteln, sondern als „Dienstleister“ in „schmucken Uniformen“ sich in die schöne Welt der Einkaufspassagen einpassen. Als Gepäckkulis, moderne Rikscha-FahrerInnen und uniformierte AnsprechpartnerInnen, die „Sicherheitsgefühl“ vermitteln sollen. Das Problem sind weiterhin die Ausgegrenzten und nicht die Ausgrenzung erzeugende Gesellschaft. Zwar fordert Hinz & Kunzt im gleichen Artikel dann auch neue Wohnmöglichkeiten, Veranstaltungen und mehr Sozialarbeit für ihr Klientel ein. Doch stellt sich bei der herrschenden Politik in Hamburg doch eher eine andere drängende Frage: Gibt die Realisierung eines solchen Konzeptes nicht eher noch den Anlaß, diejenigen, die sich nicht daran beteiligen können, dann erst recht zu vertreiben? Denn die anderen fünfzig wiesen ja nach, daß es auch „gute, dienstbare Armut“ gebe und niemand betteln müsse!

Die Frage, warum mit öffentlichen Mitteln Kaufhaus-Konzernen wie Brinckmann, Karstadt oder C&A oder auch den eher gehobenen Einzelhändlern in der Mönckebergstraße solche Dienstleistungen finanziert werden sollen, während diese durch die zunehmende Konkurrenz mit den Einkaufszentren außerhalb der City ohnehin dazu gezwungen wären, entsprechende – leider sehr schlecht bezahlte – Arbeitsplätze zu schaffen, mag vielleicht ebenso eine Überlegung wert sein.

Martin Wittmaack

Ein Shuttle-Service könnte das HVV-Angebot ergänzen. Es muß ja nicht die Rikscha sein, ein Minibus täte es auch. Foto: action press/Gaul



Dokumentation des „City-Service“-Konzepts aus der „Hinz & Kunzt“

geht es um Gegenkonzepte gegen die zunehmende alltägliche Brutalität, die auf der Grundlage der zunehmenden sozialen Ausgrenzung von Menschen und der zunehmenden Verinnerlichung des kapitalistischen Konkurrenzprinzips beruht. Die logischen Folgen von Umverteilung und Reichtum, die Armut, soll geradezu schamhaft aus den Augen verschwinden. Es geht um ein Sicherheitsgefühl, das letzten Endes darauf gerichtet ist, alles, was die Widersprüche des neoliberalen Gesellschaftskonzeptes des reinen Kapitalismus offenkundig macht, nicht mehr sehen zu müssen. Direkt nach dem Motto: „Haut ab, Eure Armut kotzt uns an!“

Das „City-Service“-Konzept scheint da zunächst aus dem Rahmen zu fallen, weil es zumindest formuliert, daß es mehr Arbeitsplätze und mehr sozialer Einrichtungen bedarf. Und es ist, falls dieses Konzept Realität werden sollte, für die dort Arbeitenden vielleicht sogar ein Gewinn. Aber dennoch fällt auf, daß es sich hierbei nicht um die vorwärtsweisende beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahme handelt, für die die ErfinderInnen sie vielleicht halten:

Die Ideologie, Obdachlose und SozialhilfeempfängerInnen vor allem als diejenigen zu sehen, die sich an der Lei-

Wer verklagt die Denunzianten?

Der Chefarzt der Waldheimer Klinik für Psychiatrie, Dr. Wilhelm Poppe, mußte – sehr zum Mißvergnügen der anklagenden Staatsanwälte – vom Vorwurf freigesprochen werden. Kranke angeblich menschenunwürdig mißhandelt zu haben. Übrigens, so unsere Übersicht vollständig ist, wie alle anderen Psychiater aus der DDR, denen ähnliches vorgeworfen wurde, etwa von dem unsäglichen Herrn Eggert.

Neun Jahre stand Dr. Poppe unter diesem ungeheuren Druck. So viel Zeit haben sich die Ermittlungsbeamten gelassen. Da braucht es gar kein Urteil mehr, denn der Ruf des Arztes dürfte ruiniert sein und seine Kraft aufgezehrt. Stelle man die geringe Zahl von Verurteilungen (die ja auch noch in den meisten Fällen juristisch fragwürdig sind) zu der Zahl der Tausenden Ermittlungsverfahren gegen ehemalige DDR-Bürger in Relation, dann wird klar, daß es die nackte politische Gesinnungsjustiz war und ist, so sehr dies auch die beteiligten Juristen abstreiten. Wer klagt nun die Leute an, die den Psychiater zu Unrecht beschuldigt hatten? Er selbst wird wohl nicht mehr die Kraft haben.

(KN, aus: Leipzigs Neue, Nr. 1/99)

Berufsverbote im Osten. Kommentar

Die Beschuldigungen des CDU-Pfarrers und sächsischen Ex-Innenministers Eggert, er und andere seien zu DDR-Zeiten aus politischen Gründen in die Psychiatrie gesperrt worden, werden vielen noch in Erinnerung sein. Ergänzend zu dem hier dokumentierten Kommentar teilte uns die Redaktion von „Leipzigs Neue“ mit: Der Prozeß gegen Dr. Poppe, der wie viele andere gleich nach der Wende aus dem Amt entfernt wurde, war beendet, als endlich die Beschäftigten der Klinik zu Wort kamen. Deren einhellige Aussage:

- Ihnen ist kein einziger Fall bekannt, in dem Dr. Poppe politisch motivierte Entscheidung in einer psychiatrischen Behandlung getroffen hat;
- Alle in dieser Klinik in Verwahrung gehaltenen Personen waren aufgrund richterlichem Urteil, in denen sie aufgrund ihrer Erkrankung als potentiell gemeingefährlich eingestuft worden waren, in Verwahrung, und
- der Leiter der Klinik habe wie sie jahrelang gegen z.T. schlechte bauliche Zustände in der Klinik gekämpft, diese könnten ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Nach diesen Aussagen war das Verfahren nicht mehr zu halten.

Nicht bekannt ist, ob der Beschuldigte nun eine Entschädigung für das Verfahren und die Entfernung aus dem Dienst bekommt und ob er noch die Kraft hat, eine solche Wiedergutmachung zu betreiben. rül



Etwa 100 000 Menschen gedachten am 10. Januar in Berlin wieder der am 15. Januar 1918 von Freikorpsoffizieren ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Eine Demonstration von etwa 10 000 Menschen zu der Gedenkstätte in Friedrichsfelde wurde von der Polizei wie in den Vorjahren erneut massiv angegriffen. Nachdem der Vorwand „PKK-Fahnen“ nicht zu halten war, war diesmal „Vermummung“ oder „Widerstand“ der Vorwand. Mehrfach marschierte die dem neuen CDU-Innensenator Werthebach unterstehende Polizei provokativ in voller Montur durch die Reihen antifaschistischer Jugendlicher. 34 Personen wurden festgenommen, die Zahl der Verletzten ist nicht bekannt. Die PDS will die Übergriffe der Polizei im Abgeordnetenhaus zur Sprache bringen. rül

Berliner Flüchtlingsrat kritisiert CDU-Sozialsenatorin

Aushungern, Quälerei und Schikane gegen Flüchtlinge

Nachdem der Flüchtlingsrat Berlin zusammen mit anderen Flüchtlingsorganisationen die menschenunwürdige Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in Berlin am Tag der Menschenrechte gegenüber Senatorin Hübner kritisiert hatte, wurde noch am gleichen Tag eine Presseerklärung von der Senatsverwaltung zu dem Thema veröffentlicht. In dieser Presseerklärung vom 10.12.98 werden dem Flüchtlingsrat und anderen an der Aktion beteiligten Organisationen Populismus und Polemik vorgeworfen. Darüber hinaus wiederholt die Presseerklärung von der Senatorin bereits während des Besuches der Flüchtlingsorganisationen geäußerte Fehlinformationen.

Insbesondere die Behauptung, jugoslawische Flüchtlinge aus dem Kosovo seien von Leistungstreichungen in Berlin überhaupt nicht betroffen, „ist uns vollkommen unverständlich und unhaltbar“, sagte der Flüchtlingsrat. „Berliner Flüchtlingsberatungsstellen haben Hunderte von Fällen dokumentiert, über die auch in der überregionalen Presse berichtet wurde. Die rigide Berliner Praxis steht bislang bundesweit einzig da.“

Während aufgrund der Verschärfung des AsylbLG in allen anderen Bundes-

ländern lediglich Kürzungen, im Einzelfall auch gänzliche Streichungen des Taschengeldes zulässig sind, wird bereits in Frau Hübners Rundschreiben vom 20.8.98 an die Bezirksämter empfohlen, bei neu einreisenden Flüchtlingen nach 3 Tagen, bei länger hier lebenden Flüchtlingen nach maximal 6 Wochen alle Leistungen (einschl. Verpflegung und Unterkunft!) vollständig zu streichen. Lediglich medizinische Versorgung soll weiter gewährt werden – in der Praxis wird aber auch diese regelmäßig spätestens dann verweigert, wenn auch die übrigen Leistungen gestrichen sind.

Derzeitige Praxis ist: Kriegsflüchtlinge erhalten anstelle der bereits um 25% gekürzten, bislang aber noch in bar gezahlten Sozialhilfe bei vielen Sozialämtern neuerdings nur noch Unterkunft mit Vollverpflegung oder Lebensmittelgutscheine. Ihnen werden zugleich aber auch das neben diesen Sachleistungen gesetzlich vorgesehene Taschengeld von 80 DM sowie die Leistungen für Kleidung und Körperpflegeartikel ersatzlos gestrichen. Sie erhalten auch keine U-Bahn-Karten und sind durch die vollständige Streichung jeglichen Bargeldes z.B. gezwungen, auf dem Weg zum Sozialamt,

zur Ausländerbehörde, zu Beratungsstellen oder zum Arzt schwarz zu fahren. Wer seinem Kind noch ein Schulheft, einen Apfel oder ein Paar Socken kaufen will, wer Geld zum telefonieren oder für eine Briefmarke braucht, muß sich illegal Geld beschaffen oder klauen.

Viele Sozialämter verweigern auch die Versorgung mit Gutscheinen bzw. Lebensmitteln und gewähren lediglich noch Unterkunft ohne Verpflegung. Weitere Sozialämter streichen die Hilfen sogar vollständig, d.h. die Flüchtlinge werden obdachlos ausgesetzt und erhalten auch keine medizinische Versorgung mehr.

Es handelt sich dabei keineswegs – wie von Frau Hübner behauptet – um „absolute Ausnahmefälle“. Betroffen von den Sozialhilfestreichungen sind vor allem Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo, Deserteure der serbischen Armee, die sich dem Krieg im Kosovo entziehen wollten, Angehörige von Minderheiten in Jugoslawien (Roma, Muslime) und palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat inzwischen in einigen Fällen die Praxis der Sozialhilfestreichungen einschließlich der Streichung des Taschengeldes, der Verweigerung von Unterkunft und Ernährung sowie auch der medizinischen Versorgung bestätigt. Für den Vorwurf, nach Deutschland gekommen zu sein, um hier Sozialhilfe zu erhalten, käme es auf die Situation im Herkunftsland – etwa im Kosovo – gar nicht an. Es würde ausreichen – so einige Kammern des Berliner Verwaltungsgerichtes, daß die Kriegsflüchtlinge auf dem Landweg eingereist seien, denn sie hätten auch unterwegs in irgendeinem Drittland bleiben können. Ihre „Weiterreise nach Deutschland“ sei deswegen nur wegen des Sozialhilfebezugs erfolgt. Dies rechtfertige auch eine vollständige Streichung aller Leistungen – bis auf „Butterbrot und Fahrkarte ins Herkunftsland.“

Die BAG der Wohlfahrtsverbände hatte bereits Streichungen des Taschengeldes als verfassungswidrig bewertet. (*Frankfurter Rundschau*, 29.4.98)

Der Berliner Flüchtlingsrat appelliert deshalb an den Berliner Senat, an die Sozialämter und an die Bundesregierung:

- Sofortiger Stop des Entzuges von Bargeld, des Aushungerns, des obdachlos Aussetzens und der Verweigerung medizinischer Versorgung für Flüchtlinge.
- Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge müssen Arbeitserlaubnisse erhalten, wer keine Arbeit finden kann, muß Sozialhilfe bekommen.
- Die katastrophalen Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes von 1997 und 1998 sowie das Sachleistungsprinzip müssen zurückgenommen werden.
- Für Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo und für serbische Deserteure muß eine bundesweite Abschiebestoppregelung getroffen werden.

Flüchtlingsrat, Fennstr 31 12439 Berlin, Pressemitteilung vom 15.12.98, gekürzt

REP-ANTRAG: Stuttgart.

Der Ausländerausschuß, der jetzt dann internationaler Ausschuß heißt, wird nochmals weiter abgewertet. Nachdem bei den Kommunalwahlen im Oktober 1999 erstmals Bürger aus EU-Staaten die Gemeinderäte mitwählen können, wird der internationale Ausschuß neu bestimmt. 13 Stadträte, vier bestellte EU-Ausländer und acht gewählte Nicht-EU-Ausländer sollen über den Ausschuß mitwirken am kommunalpolitischen Geschehen in Stuttgart. Streit gab es im Gemeinderat, wer von den Nicht-EU-Ausländern an der Wahl der acht Vertreter im internationalen Ausschuß teilnehmen darf. SPD, Grüne und der OB Schuster waren dafür, daß alle mit irgendeiner Art Aufenthaltsstatus an der Wahl teilnehmen dürfen. Dagegen stellten die ausländerfeindlichen Republikaner den Antrag, daß nur solche Nicht-EU-Ausländer wählen dürfen, die eine Aufenthaltsberechtigung vorlegen können, also ein ausdrücklicher Ausschluß von allen Asylbewerbern, auch wenn diese schon lange in Stuttgart leben, ihre Kinder hier in die Einrichtungen oder Schulen gehen, sie also durchaus ein kommunalpolitisches Interesse und Ansprüche haben. Skandalös ist, daß eine Mehrheit von insgesamt 32 Stadträten von CDU, FDP und Freien Wählern diesem Antrag der Rep folgten.

SELBSTHILFE: Frankfurt/Main. Lobby für Wohnsitzlose und Arme e.V. hat ein neues Nutzungskonzept für das ehemalige Emma und Henry-Budge-Altenheim am Dornbusch entwickelt. Das denkmalgeschützte Gebäude, das lange Jahre als amerikanische Zahnklinik diente, steht heute leer. Lobby hat sich beim Bund für den Kauf beworben. Für einen Zuschlag bestehen realistische Chancen. Das Nutzungskonzept sieht für das Obergeschoß des Nordflügels Appartements für Wohnungsnotfälle vor. Das Untergeschoß könnte die Roma-Union mit einer Kita und der Beratungsstelle beziehen. Im ehemaligen Speisesaal soll ein Lobby-Restaurant unterkommen. Der Speisesaal könnte auch als Veranstaltungsraum eines neuen Bürgertreffs genutzt werden. Zur Zeit sucht die Selbsthilfeorganisation Sponsoren für das Projekt.

ATOM-ZWISCHENLAGER: Heidelberg/Obrigheim. Gegen die geplante Inbetriebnahme des Atom-Zwischenlagers im Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) klagt außer der Stadt Heidelberg auch eine Klärgemeinschaft mit den Namen „AKW Obrigheim abschalten“. Diese wirft dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium vor, es habe den Betrieb des externen Zwischenlagers am 27. Oktober, einen Tag vor dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung,

erteilt. Die Kläger befürchten, mit der vom Ministerium genehmigten Kapazität für 980 verbrauchte Brennelemente könne Obrigheim als süddeutsches Zwischenlager genutzt werden.

BÜRGERAMT: Freiburg/Breisgau. Die Fraktionsgemeinschaft Linke Liste – Unabhängige Frauen fordert die Zuordnung der Bereiche „Pass- und Staatsangehörigkeitsbehörde“ sowie „Aufenthalterlaubnis“ zum neuen Bürgeramt. Die Integration und Gleichstellung der ausländischen MitbürgerInnen als politische Ziele der Stadt Freiburg würden eine andere Regelung unsinnig und kontraproduktiv erscheinen lassen. Es sei psychologisch durchaus von Bedeutung, wenn alle Freiburger ein gemeinsames Bürgeramt hätten, ganz zu schweigen von der freundlicheren räumlichen Atmosphäre und dem besseren Service, der eben auch allen EinwohnerInnen der Stadt zugute kommen müsse.

VERMÖGENSWERTE: Berlin/Bonn. Die PDS hat im Bundestag einen Antrag eingebracht, daß die Zuordnung der Vermögenswerte an ostdeutsche Kommunen bis zum 31.12.1999 zum Abschluß gebracht wird. Bis heute sind immer noch 21,6 Prozent der kommunalen Anträge auf Zuordnung der ihnen zustehenden Flurstücke, Gebäude, Unternehmen und ähnliches nicht entschieden. Der Antrag fordert außerdem, daß Städte, Gemeinden und Landkreise einen Ausgleich für teilweise zu ihren Lasten erfolgte Privatisierungen erhalten.

ÖKO-STEUER: München. In einem Brief an die Umweltpolitiker der Grünen in der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung hat sich die Grüne Stadtratsfraktion dafür eingesetzt, den Öffentlichen Nahverkehr wenigstens teilweise von der Ökosteuer auszunehmen. In dem Brief heißt es, daß die vom MVV erwartete Mehrbelastung der Verkehrsbetriebe durch die Ökosteuer (ca. 5 Mio DM per Saldo) im Rahmen des gesamten Haushalts der Münchner Stadtwerke GmbH zwar nicht so schwer ins Gewicht fiele, aber dennoch eine höchst unerfreuliche Signalwirkung entfalten würde: „Die nächste Tarifierhöhung könnte vom politischen Gegner – wenigstens zum Teil – damit begründet werden, daß die von der Bundesregierung gesetzten Rahmenbedingungen die Kosten für die Träger des öffentlichen Nahverkehrs in die Höhe treiben. Das wird viele Menschen enttäuschen, die sich von der neuen Regierung marktwirtschaftliche Anreize zu umweltfreundlicherem Verhalten erwartet haben (...) Wir möchten Euch daher ermutigen, in den Verhandlungen mit der SPD auf eine steuerliche Privilegierung der Träger des öff. Nahverkehrs zu drängen.“

Zusammenstellung: baf

IG METALL UNTERSTÜTZT ZWANGSARBEITER.

Die IG Metall in Stuttgart bereitet Musterklagen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf Entschädigung vor. Bis spätestens April 1999 sollen die Klagen eingereicht werden, falls die betroffenen Betriebe nicht zu außergerichtlicher Einigung bereit sind. Die IG Metall will damit die Einrichtung der Bundesstiftung zur Entschädigung voranbringen. Der IG-Metall-Vorstand hat dazu aufgefordert, sich mit betrieblichen Aktionen einzusetzen. (aus Metall Baden-Württemberg regional, Jan. 1999)

UMFRAGE VON IG-METALL-VERTRAUENSLEUTEN. Im Dezember 1998 haben die Vertrauensleute der IG Metall bei der Fa. Sick AG in Waldkirch/Südbaden eine Umfrage zu gewerkschaftlichen Themen und dem Nutzen gewerkschaftlicher Arbeit durchgeführt. Von ca. 900 Fragebögen kamen immerhin 303 zurück, davon 103 Arbeiter, 164 Angestellte, die übrigen ohne Angabe. Interessant an diesen Zahlen ist, daß auf jeden Fall bei den Angestellten sich auch mindestens 50% Nicht-Mitglieder beteiligt haben.

Hier nur ein paar Schlaglichter aus der ersten Auswertung: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch Einkommensverbesserungen stehen bei den Befragten ganz oben in der Wichtigkeit, deutliche Mehrheiten erfreulicherweise auch für die Sicherung des arbeitsfreien Samstags. Auffallend bei der Gewichtung der Themen ist, daß vorallem bei den Angestellten, aber auch deutlich bei den Arbeiter/innen, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für „weniger wichtig“ bis „unwichtig“ eingestuft wurde. Interessant, daß die Beteiligung der Altersgruppe über 40 Jahre auffallend hoch war (109). Sobald der VK eine ausführliche Auswertung veröffentlicht, werden wir weiter berichten.

BETRIEBSBEDINGTE KÜNDIGUNGEN: bei den Berliner Bäder-Betrieben bis Ende 1999 ausgeschlossen! Die zwischen dem Vorstand der Berliner Bäder-Betriebe, dem Personalrat sowie der Gewerkschaft ÖTV am 3.11.1997 geschlossene Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung, die u.a. den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen beinhaltete, ist bis zum 31.12.1999 verlängert worden... Verhandlungen waren notwendig geworden, nachdem der Vorstand den alten Vertrag am 1.9.1998 gekündigt hatte. Mit der erneuten Beschäftigungsgarantie sind gleichzeitig neue Regelungen vereinbart worden:

- Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit vom 5.5.1998 wird unverzüglich umgesetzt und
- eine neue Arbeitszeitpraxis durch Arbeitszeitkonten wird am 1. Januar 1999 wirksam.

Diese neue Zeitpraxis orientiert sich

Fünzigtausend Beschäftigte der Metallindustrie in Baden-Württemberg protestierten in spontanen Aktionen gegen die Verschleppungstaktik der Unternehmer.

Diese große Zahl noch in der Friedens-

pflcht zeigt die Entschlossenheit der Metaller/innen. Nach Böblingen kamen am 15. Januar etwa 500 aus Stuttgart, Esslingen, Ludwigsburg und Villingen-Schwenningen. Bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen (Bild oben) gingen alle Schichten eine Stunde früher nach Hause. Bei Bosch in Feuerbach (Bild unten) standen 3000 Kolleginnen und Kollegen vor dem Tor: „Mehr Geld in unsere Taschen“. Aus Ulm wurde gemeldet: Die Metaller/innen sind sauer über das Arbeitgeberverhalten. Wie bei Iveco ruhte in einigen Betrieben vorübergehend die Arbeit. Weitere Aktionen wurden aus folgenden Verwaltungsstellen gemeldet: Aalen, Esslingen, Friedrichshafen, Geislingen, Heidelberg, Lörrach, Ludwigsburg, Pforzheim, Reutlingen, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart und Waiblingen. Am 18. Januar gab es weitere Aktionen in Mannheim, womit sich die Zahl auf fast 60000 erhöhte. In Resolutionen wurden die Arbeitgeber aufgefordert, endlich ein ordentliches Angebot vorzulegen. Die nächsten Verhandlungen für Baden-Württemberg sind am 28. Januar, an diesem Tag endet auch die Friedenspflicht.

(Bilder und Text: aus Metall-Nachrichten der IG Metall vom 19. Januar)



- am Wunsch der Kundinnen und Kunden nach bedarfsgerechten Öffnungszeiten und Servicezeiten;
- an der Anforderung, wirtschaftlich und effizient zu arbeiten;
- an einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die die Schwankungen im Arbeitsaufkommen berücksichtigt;
- am Interesse der Beschäftigten nach einer selbstverantworteten und selbstbestimmten Arbeitszeitgestaltung;
- an der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu erhalten, zu sichern und hierfür eine bedarfsorientierte, vorhandene Ressourcen nutzende Personalentwicklung zu leisten.

Seit Errichtung der Berliner Bäder-Betriebe im Jahr 1996 haben sich die Beschäftigten, ihre Interessenvertretungen und die Gewerkschaft ÖTV-Berlin auf neue Anforderungen eingestellt und im Zusammenwirken mit dem Vorstand der

Berliner Bäder-Betriebe ihren Beitrag zur Stabilisierung dieses Betriebes geleistet. Mahnungen aus Kreisen der Politik nach größerer „Flexibilität“ sind deshalb überflüssig und gehen an die falsche Adresse.

Für die Zukunftssicherung der Berliner Bäder-Betriebe müssen die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen, die letztlich nicht allein durch den Betrieb gesichert werden können. Die aktuelle Diskussion über Eintrittspreiserhöhungen macht deutlich, daß sich vor allem die Politik in dieser Stadt gern aus der Mitverantwortung stiehlt...

Die Kritik, Eintrittspreise ab 1.1.1999 zu erhöhen, ist sicher nicht unberechtigt und wird auch von der Gewerkschaft ÖTV-Berlin geteilt...“ (Presseerklärung 65/30.12.98 der ÖTV Berlin)

Zusammenstellung: alk, har

Konzern am Rande eines krisenhaften Absturzes?

Bei den Verhandlungen zwischen der FAG Geschäftsleitung und dem Konzernbetriebsrat unterstützt durch die IG Metall kurz vor Weihnachten konnte der Betriebsrat seine Hauptforderungen „Erhalt des Werkes Elfershausen“ und „Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen für die deutschen Standorte“ durchsetzen. Im Gegenzug soll der Rückgang der Auftragsituation statt durch Entlassungen mittels einer Absenkung der tariflichen Wochenarbeitszeit kombiniert mit Versetzungen und freiwilligen Aufhebungsverträgen abgedeckt werden, und der Betriebsrat mußte in Verhandlungen über flexible Arbeitszeitmodelle einwilligen.

Standort Elfershausen

Die bisherige Produktionsstruktur soll – mit Ausnahme der Automobiltechnikprodukte – erhalten bleiben. Die Belegschaftszahl sinkt dadurch von 370 auf 211, allerdings fordert der Betriebsrat, die Produktion neuer Produkte in Elfershausen anzusiedeln. Der Erhalt des Standorts konnte nur im schroffen Gegensatz zu den Plänen der Unternehmensleitung unter dem Druck der Belegschaften und der IG Metall durchgesetzt werden und ist Resultat verbesserter Zusammenarbeit zwischen den Interessenvertretungen der einzelnen Werke.

Der Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen ...

... wurde bis Ende 2001 vereinbart, jedoch mit Ausnahme des indirekten Bereichs der OH, wo betriebsbedingte Kündigungen ab 2000 möglich werden sollen.

Absenkung der tariflichen Arbeitszeit

Wie die wöchentliche Arbeitszeit per Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag konkret abgesenkt werden soll, ist eines der wichtigen Themen der nächsten Verhandlungsrunde am 14./15.1.99. Der Betriebsrat würde eine relativ geringe Absenkung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten um ca. eine Stunde einer höheren von ca. 5 Stunden konzentriert auf die von den Auftragsrückgängen betroffenen Bereiche vorziehen, d.h. der Betriebsrat versucht die erheblichen Opfer, die Teilen der Belegschaften abverlangt würden, durch Verteilung auf die Schultern aller zu dämpfen. Natürlich würde diese Lösung neben leichten Lohnverlusten auch Versetzungen zwischen den Standorten erforderlich machen.

Flexible Arbeitszeitmodelle

Hier geht es der Geschäftsleitung um Schichtmodelle, die Samstags- und

Sonntagsarbeit einschließen, verbunden mit der Beseitigung von Mehrarbeitszuschlägen und Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats. Im Forderungspaket der Geschäftsleitung befindet sich auch die Einführung eines Arbeitszeitmodells, das auf sechsstündigen Schichten an fünf Arbeitstagen basiert. Die zur 35-Stunde-Woche fehlenden fünf Stunden sollen dabei in Form einer doppelten Flexibilisierung hereingearbeitet werden, durch eine gelegentliche Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden (halbe Abdeckung einer fehlenden Schicht) oder durch eine zusätzliche Schicht am Samstag oder in der Sonntagsnacht.

Aus Sicht des Betriebsrats werden diese flexiblen Arbeitszeitmodelle zum Knackpunkt der anstehenden Verhandlungen.

Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats

Der Betriebsrat konnte eine Verbesserung seiner Beratungsrechte durchsetzen. Er wird künftig bei unternehmensstrategischen Projekten frühzeitig an den Beratungen beteiligt, und zwar noch im Stadium der Beratung unterschiedlicher Planungsvarianten, nicht erst zum Zeitpunkt der Beratung der Umsetzung von Entscheidungen. Zusätzlich wird der Betriebsrat bei solchen Projekten künftig generell Sachverständige hinzuziehen können, ohne im Einzelfall die Genehmigung einholen zu müssen.

Ausblick

Die Situation bei FAG ist äußerst angespannt, der Konzern scheint näher am Rand eines krisenhaften Absturzes zu stehen als das öffentliche Erscheinungsbild dies bisher vermuten läßt. Wie der *Volkszeitung* kurz vor Weihnachten zu entnehmen war, führt FAG Gespräche über eine Fusion im Automobilzulieferbereich mit Koyo. Jede weitere zeitliche Verzögerung hätte die Aussichten zum Erhalt des Standorts Elfershausen und zur Durchsetzung einer Beschäftigungsgarantie weiter verschlechtert. *cls*



Agfa München

Fit für die Börse auf Kosten der Kolleginnen

In den oberen Führungsgremien bei Agfa herrscht Börsenfieber. Der Hintergrund: die Firma Agfa-Gevaert AG mit Werken in Belgien, Leverkusen, München und kleineren Zweigbetrieben u. a. in Bayern und in Gera ist bisher eine 100%ige Tochter der Bayer AG mit Hauptsitz in Leverkusen. Doch diese Tochter ist dem Bayer-Vorstand schon lange ein Dom im Auge: Die Umsatzerlöse war bei Agfa lange Jahre nur bei ca. 3%. Für 1998 wird aber schon eine Verdoppelung auf 6% erreicht werden.

Doch das ist den hohen Herren von Bayer noch zu wenig. Sie sind bei ihren Chemiegeschäften Renditen von mehr als 10% gewöhnt. Was tun? Der einfachste Weg: Erstmal das abstoßen, was nicht so viel Gewinn bringt. In diesem Fall Agfa. Und diesen Vorgang in möglichst schöne Worte kleiden: „Agfa geht im Sommer 1999 an die Börse. Der Bayer-Konzern gewinnt dadurch größere Freiräume und Mittel zur Stärkung seiner Kerngeschäfte.“ Und da bei diesen Kapitalistengeschäften in der Regel der Ober den Unter sticht, blieb dem Agfa-Vorstand nichts anderes übrig, als gute Miene zu bösem

Spiel zu machen und ebenfalls nach schönen Worten zu suchen: „Agfa braucht unternehmerische Eigenständigkeit, um seine Position als führender Imaging-Konzern in der Welt zu stärken.“

Es soll auch weiter auf Wachstum gesetzt und andere Firmen zugekauft werden, um einen Umsatz von 10 Milliarden DM zu erreichen, ca. 20% mehr als heute. Zugleich muß ein hohes Maß an Synergien erschlossen werden. Doch spätestens hier, beim Stichwort „Synergie“, sollte die Agfa-Belegschaft hellhörig werden. Denn bei allen großen Firmen bisher, die jetzt so toll ihre Synergien ausnützen, ging das auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen. Es wird brutal gespart, Arbeitsplätze werden massiv abgebaut und der Druck auf jeden wächst. Die Firma Siemens macht es gerade vor.

Macht das Agfa jetzt nach? Anzeichen dafür gibt es:

- zukünftige Vorruhestandler sollen erst später gehen können
- die tarifliche Altersteilzeit wird verschoben
- Überstunden nehmen zu
- die Ausbildung ist bei den technischen Berufen auf dem Nullpunkt
- notwendige Renovierungsmaßnahmen werden verschoben
- behinderte KollegInnen werden zu wenig eingestellt.

Ein weites Betätigungsfeld für Gewerkschaften, Betriebsräte, Vertrauensleute. Aber auch für jede Kollegin, für jeden Kollegen, hier einmal „Nein“ zu sagen bzw. gemeinsam der Firmenleitung klar zu machen, daß es so nicht weitergehen kann!

Doch bei einigen Kollegen scheint jetzt auch das Börsenfieber ausgebrochen zu sein, und sie fordern Belegschaftsaktien. Ob damit die oben genannten Mißstände erträglicher werden, darf bezweifelt werden.

Gk aus „AufDraht“

Hoechst-Marion Roussell

Betriebsversammlung nach der Fusionsentscheidung

Erstmals wurde durchgesetzt, daß Aufsichtsratsmitglieder ihr Abstimmungsverhalten vor der Belegschaft offenlegen und begründen.

Monika Reiter (DAG) folgte der Aufforderung von Hans-Werner Krauß, und unter Beifall der anwesenden Beschäftigten begründete sie, warum sie im Aufsichtsrat gegen die Aufspaltung der Hoechst AG in zwei Aktiengesellschaften und gegen die Fusion mit Rhone Poulenc gestimmt hat. A. Weber und R. Kumlehn sahen sich dadurch veranlaßt darzustellen, warum sie ihre Zustimmung gaben.

Wir meinen, dies war ein richtiger Schritt hin zu einer öffentlichen Diskussion über die Art der Interessenvertre-

tung der Belegschaft im Aufsichtsrat.

Kappungsstunden

Ein weiteres Thema war der Umgang mit den Kappungsstunden, die aus Gleitzeitguthaben resultieren. In den Ausschüssen des Betriebsrates, besonders im Arbeitszeitausschuß, hat es bereits heftige Auseinandersetzungen in dieser Frage mit dem Arbeitgeber gegeben. Die Kappungsstunden konzentrieren sich im wesentlichen auf bestimmte Betriebe, in denen häufig auch noch Mehrarbeitsstunden geleistet werden. Der Betriebsrat ist daher der Auffassung, daß in diesen Betrieben mit dem vorhandenen Personal die notwendige Arbeit nicht in der regulären Arbeitszeit erledigt werden kann. Der Betriebsrat erwartet:

1. daß den betroffenen Abteilungen das Personal so aufgestockt wird, daß die anfallende Arbeit in der Regelarbeitszeit ausgeführt werden kann,

2. daß die Gutstunden, die geleistet, aber wegen Arbeitsanfalles nicht abgebaut werden konnten, durch Freizeit oder, wenn es anders nicht geht, durch Bezahlung als Überstunden ausgeglichen werden,

3. daß dabei nicht eine ungeheuer zeit- aufwendige Einzelfallprüfung vorgenommen wird, sondern für die betroffenen Betriebe bzw. Personen eine generelle Abgeltung vorgenommen wird.

Dieses Vorgehen scheint uns um so mehr geboten, als die Geschäftsführung der Hoechst-Marion-Roussell (HMR) stolz berichtet, daß die betriebswirtschaftlichen Daten der HMR weit über Plan liegen. Die ist sicherlich auch eine Folge davon, daß die Beschäftigten mehr arbeiten als sie nach dem geltenden Tarifvertrag müssen.

Biochemie GmbH

Wenn man den HMR-Managern, die den Verkauf des Fermentationsverbundes ausgehandelt haben, Glauben schenkt, dann müssen demnächst bei den Beschäftigten der Biochemie goldene Zeiten ausbrechen. Die Ablehnung der Forderung von Belegschaft und Betriebsrat, den Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag auch auf die Biochemie übergangen zu lassen, wurde unter anderem damit begründet, daß wegen der hohen Investitionen (85 Mio. DM) eher mit Arbeitsplatzaufbau als mit -abbau zu rechnen sei. Doch der erste Hinweis, daß die Entwicklung nicht so eintritt, liegt bereits vor: Biochemie will 2 Mio. DM bereitstellen für den Fall, daß es nach dem Verkauf doch zu betriebsbedingten Kündigungen kommen sollte. Es gibt noch weitere Informationen, die befürchten lassen, daß die Zukunft für die Beschäftigten nicht rosig aussieht.

Manager der Biochemie haben verkündet, die Personalkosten des Fermentationsverbundes seien erheblich zu hoch. Man strebt an, diese zu halbieren. Wie so etwas gemacht wird, ist allen bekannt. Entweder man liebt durch zusätzliche

Belastung und Automatisierung bei gleichbleibender Personalstärke die Produktivität nach oben, oder man baut Personal ab, oder es erfolgt eine Mischung aus beiden Maßnahmen ...

Propaganda!

Obwohl die HMR- und Hoechst-Manager sich geweigert haben, den Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag auf die Biochemie übergangen zu lassen, haben sie ihn jetzt in der Auseinandersetzung um die Fusion mit Rhone Poulenc als Propaganda entdeckt. Mehr oder weniger undifferenziert wird überall verkündet, die Arbeitsplatzängste in Deutschland seien unbegründet, da es den Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag gäbe. Tatsache ist, dieser Vertrag schützt, wenn überhaupt, nur die Beschäftigten der HMR Deutschland GmbH. Die von der Fusion besonders bedrohten Beschäftigten von Aventis (alt), HR-Vet und Nutrinova sind nicht geschützt, auch nicht die Beschäftigten der anderen betroffenen Landesgesellschaften.

Der Betriebsrat und die Belegschaft von HMR sollten sich nicht so sehr auf die Beteuerungen der Manager verlassen. Wie immer werden diese versuchen, die weltweit betroffenen Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Es ist daher die Aufgabe aller Betriebsräte und Belegschaften, sich gemeinsam dafür einzusetzen, daß die Fusion, sollte sie zustande kommen, niemandem den Arbeitsplatz kosten darf!

aus: Standort Forum, Nr. 9/98, Gemeinsame Liste

Deutsche Steinkohlen AG:

Risiko für Kumpel – Sicherheit für Aktionäre

Zum Jahreswechsel gliederte die Ruhrkohle-Tochter Deutsche Steinkohlen AG (DSK) die Ibbenbürener Zeche Preussag Anthrazit und die Saarzechen ein. Damit sind erstmals alle deutschen Steinkohlenbergwerke unter einem Dach zusammengeschlossen. Der folgende Artikel ist aus dem „Bergarbeiter-Info“ vom Dezember 1998.

Was bringt uns die Deutsche Steinkohlen AG? Sie wird überall mit vielen Verschußlorbeeren bedacht – nun wären endlich alle Forderungen der Kumpel vom 13.3.1997 in Bonn erfüllt. Eine Zeitung schreibt sogar: „DSK – Das sichert Kohle“. Nun wurde als erstes eine Strafe fällig: Die DSK muß zu Unrecht kassierte Subventionen zurückzahlen, die Einspruchsfrist dagegen ließen RAG und Regierung verstreichen.

„Das sichert Kohle“ – nämlich für die RAG, die nun die Subventionen sicher hat. „Das sichert Kohle“ – nämlich für die Aktionäre im RAG-Bereich, deren ge-

winnbringende Töchter nun nicht mehr zum Ausgleich der Kohlenverluste beitragen müssen.

„Das sichert Kohle“ – nämlich Importkohle, mit denen die Minderförderung an Ruhr und Saar ausgeglichen wird, über die RAG-Handel fließt der Gewinn an die RAG.

Die DSK bedeutet für die Kumpel, daß der Arbeitsvertrag auf den gesamten westdeutschen Steinkohlenbergbau ausgedehnt wird. Im Zweifel kann man von der Ruhr an die Saar verlegt werden, und umgekehrt. Und in Ibbenbüren hofft man auf Ruhrkumpel, wenn ab 2000 dort die Anpassung wirkt.

Noch mehr Verlegungen, noch mehr Wanderungen, noch weitere Wege sind die Konsequenz – Kumpel ist man nur noch wie auf Montage.

Die Hitliste der Schachtanlagen wird um die Saarzechen und Ibbenbüren erweitert. Die Ausgliederung aller Schachtanlagen in die DSK heißt, daß im gesamten Unternehmen viele Rationalisierungsgewinne erwirtschaftet werden sollen. Es heißt aber gleichzeitig, daß die Konkurrenz unter den Schachtanlagen um Absatz und Kosten verschärft wird – ein Hauptziel der Unternehmensführung. Das hat sich sowohl bei der Übernahme der EBV-Zeche Sophia Jacoba und Westfalen, als auch bei der BASF-Zeche Auguste Victoria gezeigt. Und das wird sich auch bei den anderen Anthrazit-Zechen Niederberg und Ibbenbüren zeigen. Weitere Stilllegungen sind die Folge. „Das sichert Kohle“ soll die Kumpel beruhigen. Der Anpassungsprozeß wird beschleunigt. Die Perspektiven bis zum Jahr 2005 sind keineswegs so sicher, wie das verlautet, denn der Umbau des Konzerns RAG weg von der Kohle geht mit Riesenschritten weiter.

Es wiederholt sich fast die Geschichte von der Gründung der Ruhrkohle AG. Damals wurden alle Zechen und Kokeereien der Stahl- und Energiekonzernen an der Ruhr ausgegliedert, aber die Altgesellschaften blieben Aktionäre und Eigentümer der Ruhrkohle. Nur ihre Verluste wurden in die Einheitsgesellschaft eingebracht. Danach verdienten sie sich an ihren Beteiligungen und am sonstigen Bereich goldene Nasen und hatten die Kohlelieferungen zu Vorzugspreisen sicher.

Heute passiert dasselbe mit der RAG. Die Aktionäre der RAG – hauptsächlich VEBA und VEW – bekommen subventionierte Kohle in ihre Kraftwerke. Wenn das nicht mehr reicht, bekommen sie Importkohle. Je kleiner der „schwarze Bereich“ bei RAG wird, desto mehr Profite können im sonstigen Bereich gemacht werden – zugunsten der RAG-Aktionäre und ihrer Beteiligungen. Die Verlustbereiche werden noch solange betrieben, wie Subventionen gezahlt werden. Und genauso wie damals ist eines sicher: Die neuen Aufsichtsratsposten für Kapital und Gewerkschaft. Die IGBCE bekommt er-

neut Posten in dem montanmitbestimmten Aufsichtsrat der DSK. Neutraler Mann aber ist der CDU-Abgeordnete Hegemann aus Recklinghausen, damit der Proporz gewahrt bleibt. Große Koalition ist bei der RAG immer angesagt.

Das heißt: Verluste werden dem Steuerzahler aufgebürdet, Gewinne werden privatisiert. Das Risiko tragen die Kumpel und alle Beschäftigten des schwarzen Bereichs, sowie die betroffenen Zulieferer und Städte, wo Zechen stillgelegt werden.

ÖTV Berlin

Proteste gegen Klinikschließungen

Unter dem Motto „Konzepte statt Chaos“ nahmen am vergangenen Montag (18.1.99) etwa zweitausend Beschäftigte aus den Berliner Krankenhäusern an einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus teil, zu der ÖTV und DAG gemeinsam aufgerufen haben. Hintergrund ist ein Krankenhausgutachten vom August vergangenen Jahres, das einschneidende Einsparungen bei den Krankenhäusern verlangt, anderenfalls die AOK pleite gehen würde. Die Senatsverwaltung mit ihrer CDU-Gesundheitsministerin Hübner schob die Entscheidung, was passieren soll, monatelang vor sich her. Zu Beginn dieses Jahres legte sie eine Liste mit ca. 20 zu schließenden Krankenhäusern bzw. Krankenhausstandorten vor. Erstmals waren auch katholische Krankenhäuser betroffen. Das brachte die Kirchenleitung einerseits und die CDU auf den Plan. Nach massiven Protesten sagte die Berliner CDU zu, daß kein katholisches Krankenhaus geschlossen würde. Dies wiederum war der SPD zuviel. Jetzt soll

neu diskutiert werden. Erstmals ist davon die Rede, daß Berlin in sechs Regionen eingeteilt werden soll, die dann die erforderliche Ausstattung mit Krankenhäusern erhalten sollen. Wir enden mit Auszügen aus den Presseerklärungen der ÖTV:

„Die Beschäftigten sind verunsichert, da ständig neue Listen über zu schließende Krankenhäuser veröffentlicht werden. Zu Recht wehren sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen die derzeitige Verfahrensweise der Gesundheitsministerin, die Krankenhäuser der unterschiedlichen Träger und ihre Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Die insgesamt rund 60.000 Beschäftigten, die in konfessionellen, gemeinnützigen, privaten und städtischen Krankenhäusern sowie in den Universitätskliniken beschäftigt sind, sind allesamt von dieser Politik der massiven Verunsicherung betroffen. Sie alle benötigen gleichermaßen soziale Sicherheit und Arbeitsplatzgarantien... Um die Kosten in den Berliner Krankenhäusern zu senken, sind jedoch nicht Schließungen von Häusern, sondern grundlegende Strukturveränderungen nötig. Die Gewerkschaft ÖTV Berlin hat in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer Konzentration von Spezialdisziplinen, die Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen sowie eine Kooperation und Nutzung von Großgeräten hingewiesen.“ Die Gewerkschaften fordern u.a.:

- bedarfsgerechte und wirtschaftliche Versorgung
- Aufbau und Sicherung von Qualitätsstandards
- bedarfsgerechte Personalausstattung
- Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung
- Abbau von Über- aber auch Unterversorgung
- Erhalt der Trägervielfalt
- moderne Krankenhausstrukturen
- keine Schließung von Krankenhäusern
- Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen in allen Trägerbereichen!

har



Für einen neuen Weg der europäischen Integration

Am 15. Januar einigten sich 13 Linksparteien aus 12 europäischen Ländern, darunter die PDS, auf einen gemeinsamen Wahlauf-ruf zu den Europawahlen.

Das politische Klima in Europa verändert sich. Der Mythos vom Siegeszug des Kapitalismus schwindet dahin. Unser Jahrhundert endet mit Gefahren, aber auch mit dem starken Streben, unsere Gesellschaften und unsere Welt zu verändern. Chancengleichheit für Männer und Frauen ohne Diskriminierung, Demokratie und Bürgersinn, Rechte der Persönlichkeit, insbesondere Bekämpfung des Rassismus, Achtung des Gleichgewichts der Natur und nachhaltige Entwicklung, friedliche internationale Beziehungen auf der Grundlage von Gleichheit und Solidarität – all dies sind Werte, die in unseren Ländern, vor allem unter der Jugend, immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Die katastrophalen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die „Wachstumsländer“ haben der Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß das neoliberale System nicht in der Lage ist, den Bedürfnissen der Menschheit gerecht zu werden. Auch die Logik, die Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds oder Abkommen wie dem MAI zugrunde liegt, wird immer mehr in Frage gestellt. Auf breite Ablehnung stoßen die wirtschaftliche, politische und militärische Arroganz, mit der die Vereinigten Staaten auf der Weltbühne agieren, der Egoismus ihrer Machthaber angesichts der großen weltweiten Herausforderungen. Schließlich löst auch der Kontrast zwischen dem gewaltigen Umfang der Rüstungsausgaben und dem ständigen Rückgang der Entwicklungshilfe berechtigten Widerspruch aus.

Dieses neue kritische Bewußtsein und dieser neue Wille zur Veränderung zeigen sich insbesondere bei den Akteuren der sozialen Bewegungen im Hinblick auf die europäische Integration in ihrer jetzigen Form, die auf der Logik von Maastricht sowie der Wirtschafts- und Währungsunion beruht. Sie äußern sich im sozialen Bereich angesichts einer neoliberalen und monetaristischen Grundhaltung, die nahezu 20 Millionen Arbeitslose und über 50 Millionen Arme hervorgebracht hat. Sie äußern sich auf dem Felde der Demokratie als Kritik daran, daß sich die Entscheidungszentren immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern entfernen. Sie äußern sich in der Kultur, die immer mehr den Gesetzen des Marktes unterworfen ist. Sie äußern sich bei der Organisation der Sicherheit unseres Kontinents, die heute ausschließlich militärisch gesehen wird. Die Voraussetzungen für eine grundle-

gende Veränderung der europäischen Integration in ihrer jetzigen Form sind also gegeben.

In diesem Geiste wollen wir über alle Unterschiede hinweg, die die Lage in unseren Ländern und die Ansätze unserer Parteien kennzeichnen, große gemeinsame Ziele festlegen, für die wir – die Mehrzahl von uns in der Europäischen Union, einige außerhalb ihrer Grenzen – eintreten wollen. Eine fortschrittliche Umorientierung der Entwicklung Europas ist ein Anliegen, das den ganzen Kontinent angeht.

Gemeinsam wollen wir auf ein soziales und ökologisches Europa, ein demokratisches Europa, ein Europa der Solidarität und des Friedens hinarbeiten:

Ein soziales und ökologisches Europa

muß den Schwerpunkt eindeutig auf Beschäftigung legen, auf Ausbildung für alle und ein gesundes, nicht nur produktivitätsorientiertes Wachstum, das auf der unbedingten Gleichstellung von Männern und Frauen basiert, das die Umwelt und das Gleichgewicht der Natur achtet. Dies erfordert Veränderungen in der Wirtschafts- und Währungspolitik wie die Neuverhandlung des Stabilitätspaktes, damit wir zu einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik gelangen, die mit den neoliberalen Dogmen bricht, die die Erfordernisse des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts berücksichtigt; eine Revision der Rolle der Europäischen Zentralbank, die gemeinsame Besteuerung der Kapitalbewegungen (nach Art der Tobin-Steuer), die Stärkung des staatlichen Sektors und mehr Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Gegensatz zu dem derzeit zu beobachtenden Trend zur Privatisierung; Maßnahmen zur deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und zur Schaffung stabiler Arbeitsplätze; die Angleichung der sozialen Standards nach oben, die Entscheidung für ein nachhaltiges Wachstum, das auf der Erhöhung und nicht der Kürzung der öffentlichen Mittel, der Löhne und Sozialleistungen beruht; eine Änderung der Kriterien für den Einsatz der europäischen Fonds zur Unterstützung der Regionen im Einklang mit diesen neuen Prioritäten. Die weltweite Finanzkrise hat uns auf spektakuläre Weise vor Augen geführt, daß wir das Geld anders verwenden müssen – weniger für Finanzspekulationen, mehr für die Humanressourcen und für eine nachhaltige Entwicklung.

Ein demokratisches Europa

ist ein zentrales Ziel unseres Europakonzepts. Es muß sich insbesondere darin manifestieren, daß die Entschei-

dungszentren immer näher an die Bürgerinnen und Bürger heranrücken, und das auch an ihrem Arbeitsplatz. Angesichts der Allmacht der Europäischen Zentralbank wirft das die Frage auf, daß sich Politik und Öffentlichkeit in Gestalt der Regierungen und der Parlamente Möglichkeiten für ihr Eingreifen in die Wirtschaft zurückerobern müssen. Generell meinen wir, daß den Lohnempfängern und den Bürgern eine qualitativ neue Rolle bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Entscheidungen der Gemeinschaft einzuräumen ist. Auf der Tagesordnung steht, daß sie sich neue Rechte – auf Information, auf Abstimmung, auf Intervention, auf Bewertung und Kontrolle – erkämpfen. In diesem Sinne halten wir bei der Europawahl auch das Verhältniswahlrecht für das gerechteste, weil es die größte Bürgernähe aufweist.

Ein Europa der Solidarität und des Friedens

muß Teil einer Vision von gegenseitiger Hilfe statt Konkurrenz, von Zusammenarbeit statt Wirtschaftskrieg, von Abrüstung statt Militarisierung des Kontinents sein. Der Austausch zwischen den Menschen in der Union kann davon nur gewinnen, wenn er von diesem Geist getragen ist, wenn Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und alle anderen Formen von Intoleranz entschieden bekämpft werden. Sorgen bereitet uns in diesem Zusammenhang der Geist von Schengen. Wir sprechen uns für eine grundlegende Revision dieses Abkommens und für eine Erweiterung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Rassismus aus. Es ist auch nicht hinzunehmen, daß das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen, vor allem im Süden Europas, wächst und nicht abnimmt.

Auch die Beziehungen der Union zu ihren äußeren Partnern müssen von einer Ethik der Solidarität und des Friedens geprägt sein. Wir wollen, daß die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Zypern gelingt, was erfordert, daß dem neoliberalen Ansatz, den die Europäische Union gegenwärtig in dieser Frage vertritt, eine Absage erteilt und der von den betroffenen Völkern frei geäußerte Wille respektiert wird. Darüber hinaus geht es um die Gestaltung des ganzen Kontinents: Das Ende des kalten Krieges erfordert nach unserer Ansicht die Ablösung der NATO durch eine erneuerte OSZE als Regionalorganisation der Vereinten Nationen. Auf jeden Fall sprechen wir uns für die Achtung der Traditionen der Neutralität und Blockfreiheit bestimmter europäischer Staaten aus. Auch die Beziehungen Europas zur Dritten Welt sind ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der interna-

tionalen Beziehungen: Wir treten dafür ein, das Lomé-Abkommen (Afrika, Karibik, Pazifik) qualitativ zu verbessern und den Prozeß von Barcelona zur Zusammenarbeit Europas mit dem Mittelmeerraum voranzubringen. Wir fordern einen Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer.

Wir sprechen uns für eine qualitative Revision der heute gültigen Konzepte der Organe der Gemeinschaft im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (Welthandelsorganisation, Multilaterales Investitionsabkommen, Neuer Transatlantischer Markt) aus. Schließlich plädieren wir dafür, daß die Union und ihre Mitgliedstaaten sich offensiv für eine wirksame Umsetzung der auf den Gipfeln von Rio und Kyoto (Umwelt, Entwicklung), von Kopenhagen (soziale Entwicklung), von Peking (Frauenförderung) und anderen UNO-Konferenzen vereinbarten Leitlinien engagieren.

Wir meinen, daß eine solche Neuorientierung der europäischen Integration den Erwartungen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie den Hoffnungen vieler Menschen in der Welt entspricht. Durch unseren Beitrag zu solchen Veränderungen wollen wir konkret auf eine Welt des Friedens hinarbeiten.

Mit diesem Aufruf werden die positiven Erfahrungen gemeinsamer Arbeit in verschiedenen Gremien fortgeführt, die die Tätigkeit der Fraktion „Vereinigte Europäische Linke – Nordische Grüne Linke“ im Europäischen Parlament bereichert und ihre Ausstrahlung gestärkt haben. Wir wollen diese Zusammenarbeit nach den Wahlen im Juni 1999 fortsetzen und weiter vertiefen. Unser Ziel ist klar: Vereinigung der Kräfte, um Europa eine linke Prägung zu verleihen.

Erstunterzeichnende Parteien

Kommunistische Partei, Belgien (Parti Communiste)
Partei des Demokratischen Sozialismus, Deutschland
Französische Kommunistische Partei (Parti Communiste Français)
Koalition der Linken und des Fortschritts, Griechenland (SYNASPISMOS)
Partei der kommunistischen Wiedergründung, Italien (Partito della Rifondazione comunista)
Kommunistische Partei Österreichs
Portugiesische Kommunistische Partei (Partido Comunista Português)
Sozialistische Partei, Niederlande (Socialistische Partij)
Linkspartei, Schweden (Vänsterpartiet)
Partei der Arbeit der Schweiz (Parti du Travail)
Grüne Initiative, Katalonien/ Spanien (InitiativaVerde)
Vereinigte Linke, Spanien (Izquierda Unida)
AKEL, Zypern

Paris, 15. Januar 1999

in und bei der PDS ...

PDS

Nach dem Parteitag ist vor dem Parteitag

Der Parteitag hatte turnusmäßig einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Darüber hinaus stand der Beschluß an, das Parteiprogramm zu überarbeiten. (Siehe auch PB 24/98).

Rund um das Erscheinungsbild

Die Stimmung des ersten Parteitages der PDS nach der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und dem Wahlerfolg bei den Bundestagswahlen war getrübt. Einen ganzen Tag lang ging es in der Generaldebatte um das Erscheinungsbild der Partei, das durch politisches Mißgeschick und Fehlverhalten einzelner Mandatsträger getrübt sei. Der Ertrag der Diskussion (Gegenstände waren Haltung zum staatlich verbrochenen Unrecht aus der DDR-Geschichte, Kleinstkriminalität und Vorbildfunktion von Mandatsträgern, Parteienwechsel von Funktionsträgern):

Die Partei stellte klar, daß sie aus eigenem Antrieb die Auseinandersetzung mit der Geschichte des realen Sozialismus aufgenommen habe, die strafrechtlichen Drohungen hätten die gesellschaftliche Debatte nicht gefördert, sondern behindert.

Die Partei stellte ferner klar, daß sie von ihren Mandatsträgern ein rundum vorbildliches Verhalten erwartet. Das ist vollkommen weltfremd. Durch welche Art Magie sollten Abgeordnete in Bund und Land bessere Menschen werden als die von ihnen Vertretenen? Man müßte schon annehmen, daß die Konkurrenz, in der sie sich durchgesetzt haben, den Menschen läutert ...

Über die Gründe des Wechsels des Agrarexperten Scherling aus dem Bundesvorstand in die SPD wurde nicht nachgedacht. Der Fall wurde völlig per-

sonalisiert betrachtet. Scherling habe gewechselt, weil er bei den diversen Listenaufstellungen nicht zum Zuge gekommen sei. Diese Analyse regte einige zu öffentlichen Treuebekenntnissen an, was auf tiefe Selbstzweifel schließen läßt.

Die Diskussion um das „Erscheinungsbild“ war zu ihrem wenig glücklichen Verlauf verurteilt: Das Bild der Erscheinung unseres Parteiwesens zeichnet sich bei den Betrachtern ab, die nach ihren Kriterien urteilen. Wenn die Partei diskutiert, was sie in der Gesellschaft sieht, was sie erreichen will und was getan werden kann, um dorthin zu kommen, wird auch ein Erscheinungsbild, Profil etc. entstehen. Sinnieren über das Erscheinungsbild hingegen führt ins graue Nichts.

Vorstandswahlen

Eine sehr wichtige Aufgabe dieses Parteitags war die Wahl des neuen Bundesvorstandes. Gewählt werden bei der PDS direkt und persönlich der/die Vorsitzende und drei Stellvertreter/innen, der Bundesgeschäftsführer und der Bundeschatzmeister sowie über quotierte Listen zwölf weitere Mitglieder des Vorstandes. Da in der Einzelwahl vier Männer und zwei Frauen gewählt wurden, waren über die Frauenliste sieben weitere Personen zu wählen und über die gemischte Liste fünf.

Wahrscheinlich ist der Gesamtvorstand zu klein geworden. Wenn es auch erfreulich ist, daß mit Michael Benjamin (Berlin) ein Repräsentant der Kommunistischen Plattform und mit José del Pozo (Hessen) jemand aus der Migrantbewegung in den Vorstand kamen, ist es irgendwie unsinnig, daß Fachleute wie

Bundesvorstand der PDS

Gewählt wurden:

Vorsitzender der PDS
Lothar Bisky 89,18 Prozent.
Stellvertretende Parteivorsitzende – Frauenliste
Gabi Zimmer 88,6 Prozent.
Sylvia-Yvonne Kaufmann 84,2 Prozent.
Stellvertretende(r) Parteivorsitzende(r) gemischte Liste
Dieter Dehm 52,6 Prozent.
Bundesgeschäftsführer
Dietmar Bartsch o.A.
Bundeschatzmeister
Uwe Hobler o.A.
Liste zur Gewährleistung der Mindestquotierung
Heike Lorenz (MV); 81,52 Prozent

Judith Dellheim (Berlin); 77,83 Prozent
Petra Sitte (Sachsen-Anhalt); 77,61 Prozent
Marina Stahmann (Bremen); 75,43 Prozent
Pia Maier (Hessen); 65,65 Prozent
Edda Seifert (Thüringen); 60,65 Prozent
Dorothee Menzner (Niedersachsen); 45,22 Prozent
Gemischte Liste
Dieter Klein (Berlin); 63,70 Prozent
Bernd Rump (Sachsen); 55,68 Prozent
Michael Schumann (Brandenburg); 50,78 Prozent
José del Pozo (Hessen); 45,43 Prozent
Michael Benjamin (Berlin); 38,75 Prozent

Quelle: <http://www.pds-online.de>

Joachim Bischoff (Hamburg, Wirtschaftspolitik) – ihm fehlte nur 1 Stimme – und Hans-Jörg Krause (Sachsen-Anhalt, Landwirtschaft) oder auch Ernst Dmytrowski (NRW, Kommunalpolitik) herausfallen mußten; auch kam kein Vertreter der Jugend zum Zuge usw.

Kurzum, hier gab es nicht Auswahl unter sachlich gleich geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, sondern Reduktion von Sachgebieten und Anliegen. So kann das nicht bleiben. Eine Erweiterung des Vorstandes wird dringlich.

Klein trickst

Im Vorfeld des Parteitages war Dieter Klein, Berlin, Angehöriger auch des letzten Bundesvorstandes, dadurch hervorgetreten, daß er zusammen mit André Brie und Judith Dellheim versuchte, ins Europawahlprogramm Bedingungen zu schreiben, unter denen die PDS Militäreinsätzen zustimmen könne. Der Vorgang kam auf dem Parteitag zur Sprache. Klein erklärte, daß er unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen Grund für die PDS sehe, Bundeswehreinsätzen zuzustimmen. Dies wurde von der Delegiertenmehrheit als Absage an

Militäreinsätze mißverstanden. Tatsächlich aber kann Klein behaupten, er habe den Parteitag nicht darüber im Unklaren gelassen, daß seiner Meinung nach reformierte überstaatliche Organisationen Militäreinsätze als letztes Mittel vereinbaren müßten und daß die BRD daran teilhaben solle. Klein steigt damit auf abgenudelte Argumentationen ein, die in der Westlinken aus der Diskussion der SPD und der Grünen – samt Ergebnis! – bekannt sind, bei den Ostdelegierten aber als originell empfunden wurden. So gelang es Klein, während er gegen geltende Positionen der Partei polemisierte und nachdem er versucht hatte, die an ihm geführte Kritik als polemisch und ungerecht hinzustellen, große Teile der Ostpartei gegen die Kritikerinnen und Kritiker aufzubringen und komfortabel in den neuen Vorstand gewählt zu werden.

Was sonst noch aufgefallen ist

Die Wahl des vor wenigen Monaten aus der SPD ausgeschiedenen Musikmanagers Dieter Dehm hat in der Öffentlichkeit einigen Staub aufgewirbelt. Dehm hat eine ausführliche Programmschrift verbreitet, die eine inhaltliche Auseinandersetzung ermöglicht, wir wollen sie in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift aufnehmen.

Zu erwähnen bleibt noch das Referat von Gregor Gysi, in dem er mitteilte, daß die Bundestagsgeschäftsordnung unserer kleinen Partei nicht ermöglicht, die Regierung dadurch bloßzustellen, daß sie alte Anliegen von SPD und Grünen blitzschnell in eigenen Anträgen vorformuliert, die dann von der Regierung abgelehnt oder auch angenommen werden müßten, was der PDS so oder so viel Sympathie einbrächte. Es scheint so zu sein, daß die Geschäftsordnung des Bundestages der Mehrheit die Möglichkeit gibt, solche Anträge auf die lange Bank zu schieben, so lange halt, bis sie ihre eigene Position mehrheitsfähig formulieren konnte. – Es ist schon ein bißchen schade, daß die Bundestagsfraktion der PDS eine politische Taktik eingeschlagen hat, die an den Gegebenheiten der Geschäftsordnung vorbeiläuft. Hoffentlich findet man einen Ausweg, noch so lebhaft artikulierte Klagen über die Geschäftsordnung bringen es jedenfalls nicht.

Fazit: Die Vorstandswahlen ergeben, daß die PDS eine linkspluralistische Partei werden und ihre Probleme diskursiv angehen will. Eine Ahnung von der Richtung, die die Programmdiskussion einschlagen wird, wird das Europawahlprogramm geben. Zu hoffen bleibt, daß die Bundestagsfraktion die Schwierigkeiten konstruktiver Oppositionspolitik anders meistert, als sich auf Rolle einer künftig!, vielleicht! 'mal benötigten Mehrheitsbeschafferin hinzutrimmen.

maf

Regionale Entwicklung

Von Judith Dellheim und Klaus Steinitz

Nach dem Einzug der PDS in den Bundestag und bei einigermaßen gutem Abschneiden in den diesjährigen Landtagswahlen im Osten wird sich die Diskussion über alternative Wirtschaftskonzepte angesichts des Desasters der Marktwirtschaft verstärken. Wir wollen mit den Politischen Berichten dazu beitragen und in den nächsten Monaten in loser Folge Diskussionsbeiträge zu Fragen vergesellschafteten Wirtschaftens, kommunaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, Eigentumsformen usw. veröffentlichen. Einleitend veröffentlichen wir einen Beitrag, der schon etwas älter ist, aber einen Einstieg bietet, weil er versucht, die Kritik am kapitalistischen Wirtschaften und seinen Folgen in den neuen Bundesländern mit praktikablen Strategien des Überlebens im erklärten Gegensatz zu den grundlegenden Regularien Privateigentum, Rendite, Vermarktung zu verbinden. Der Beitrag wurde auf dem Workshop der AG Wirtschaftspolitik der PDS und der Bundestagsgruppe am 14.3.98 gehalten und im Juni 1998 in „sozial und solidarisch“, herausgegeben von der AG Wirtschaftspolitik und der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS veröffentlicht. (Red.)

In den letzten Jahren, insbesondere im Kontext mit dem Schweriner Parteitag, wurde in der PDS intensiv zu wirtschaftspolitischen Fragen gearbeitet. Ergebnisse sind neben Parteitagsbeschlüssen vor allem die „Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik“ und der Antrag der Bundestagsgruppe „Für eine wirtschaftliche und ökologische Alternative in den neuen Bundesländern“ sowie Anträge von PDS-Frakturen auf den verschiedenen Ebenen, Vorschläge und Konzepte für die konkrete kommunale und regionale Entwicklung wie „Zukunftsfähige Regionen in Sachsen-Anhalt“. Wenn wir Kommunen stärken, Druck von unten entwickeln helfen und unsere Politik weiter qualifizieren wollen, kommt es nunmehr darauf an, daß möglichst überall in Ostdeutschland an derartigen Konzepten für eine alternative Regionalentwicklung gearbeitet wird. Einerseits gilt es, lernend Partnerinnen und Partner dafür zu finden und Bündnisse für eine kommunale und regionale Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen. Nur breite gesellschaftliche Bündnisse bzw. Netzwerke können bestehende Spielräume für Gestaltung verteidigen, ausnutzen und erweitern sowie Profitdominanz zurückdrängen. Eine Bedingung dafür ist, daß in ihnen zahlreiche Menschen mitwirken, die an der Vision – Profitdominanz überwinden, demokratisches So-

Gleiche Rechte für alle. Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes

Beschluß der 1. Tagung des 6. Parteitages

1. Der Bundesparteitag verurteilt die populistische Kampagne der CDU/CSU gegen die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erleichterung der Einbürgerung und gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, weil diese Kampagne nicht rationale Argumente, sondern Verunsicherung und Ängste versucht zu mobilisieren. Auf diese Weise leistet sie fremdenfeindlichen und rassistischen Ressentiments Vorschub.

2. Der Bundesparteitag erklärt seine Unterstützung einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, die mit dem völkischen Abstammungsprinzip bricht und darauf gerichtet ist, allen auf Dauer legal in Deutschland lebenden Bürgern die Staatsbürgerschaft und damit die gleichberechtigte Teilnahme und Integration in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

3. Die PDS hält es für unproblematisch und also akzeptabel, daß die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht die Ablegung anderer Staatsbürgerschaften zur Voraussetzung haben soll.

4. Die PDS wird der fremdenfeindlichen Verunsicherungskampagne der CDU/CSU unter dem Motto „Gleiche Rechte für alle“ eine Aufklärungskampagne für ein modernes, territorial begründetes, demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht entgegenstellen.

zialismus realisieren – festhalten. Andererseits geht es um eine Untersetzung und Weiterentwicklung von wirtschaftspolitischen Vorschlägen und Forderungen der PDS auf der Landes- und Bundesebene.

Für die diesbezügliche Arbeit vor Ort sollen die folgenden Darlegungen eine Hilfe geben.

I. Einführung

1. Kurzanalyse

Das Herbstgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute ist bezüglich der ostdeutschen Wirtschaft, vor allem aber für die Lebensperspektiven der Ostdeutschen, alarmierend.

Nach einer zeitweiligen, geringfügigen Verbesserung der Situation am ostdeutschen Arbeitsmarkt – die offizielle Arbeitslosenquote ging von 15,9% im Jahre 1993 auf 14,5% im Jahre 1995 zurück, hat sich die Situation in den letzten Jahren erneut dramatisch verschlechtert. Die Arbeitslosenquote wird in Ostdeutschland weiter steigen und 1998 ca. 20% erreichen (registrierte Arbeitslose im Verhältnis zu den Erwerbspersonen, während sie im Verhältnis zu den abhängigen Erwerbspersonen noch etwa 1% höher, d.h. über 20%, liegen wird). Die Unterbeschäftigung oder reale Arbeitslosigkeit wird in Ostdeutschland sogar auf über 30% ansteigen. Anstelle der vom Bundeskanzler den Ostdeutschen vor kurzem versprochenen Beschäftigungsstabilisierung für 1997 und 100 Tsd. neuen Arbeitsplätze für 1998 wurden 1997 weitere 170 Tsd. Stellen abgebaut und werden 1998 weitere 65 Tsd. verschwinden.

In der umstrukturierten Landwirtschaft, die von bäuerlichen Gemeinschaftsunternehmen, vor allem von Genossenschaften, bestimmt wird, sind eine Konsolidierung und Stabilisierung erreicht, allerdings mit nur noch 25–50% der Tierbestände von 1989. Die weitere Entwicklung wird belastet durch die Altschuldenproblematik, die geringe Eigenkapitaldecke bei hohem Pachtflächen-Anteil und durch die ständigen Versuche, die kooperativen Strukturen zu destabilisieren.

Die Wirtschaftsdynamik hat insgesamt seit 1995 rapide nachgelassen – 1994 10% BIP-Wachstum, 1995 5%, 1996 2,0%, 1997 2,0 (alte Bundesländer 2,4%) – und wird 1998 voraussichtlich bei 2% (alte Bundesländer 2,8%) liegen. Damit wächst der Abstand zwischen den neuen und den alten Bundesländern hinsichtlich der Bruttoinlandsproduktion.

All dies schlägt sich in der Eskalation von Haushaltsproblemen und in der desolaten Finanzlage der Länder und Kommunen nieder, mit negativen Konsequenzen für öffentliche Aufträge, Kofinanzierung von Maßnahmen der Arbeits- und Wirtschaftsförderung, für Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und bei den freien Trägern.

Die Regierungskoalition reagiert auf die sich verschärfende Situation in den

neuen Bundesländern mit vagen und unverbindlichen Versprechungen. Die 1996 und 1997 beschlossenen Maßnahmen bewirkten weitere Verschlechterungen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen kritisieren zwar die Regierungspolitik, wenden sich gegen die Senkung des Solidarbeitrages und schlagen einige Verbesserungen bei der Wirtschaftsförderung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor. Aber ihre Konzepte zur ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung bleiben weit hinter den sozialen und ökologischen Erfordernissen zurück und sind kaum geeignet, die Weichen in Richtung zukunftsfähiger, sich selbst tragender Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland und wirksamer Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit neu zu stellen.

1996/97 sind die neuen Bundesländer in eine dritte Entwicklungsphase eingetreten. Die erste Phase (1990–1991/92) kann als Abbruch Ost charakterisiert werden. Mit der Zerstörung bedeutender Teile des ökonomischen und Innovationspotentials Ostdeutschlands und dessen Deindustrialisierung wurden regionale Verflechtungen zerrissen und über ein Drittel der Arbeitsplätze vernichtet. Die ostdeutsche Wirtschaft wurde insgesamt schockartig in westdeutsche bzw. europäische Kapitalverwertungs- und Eigentumsstrukturen integriert. Ihre Überbleibsel und folgende Investitionen wurden de facto westdeutsche Dependenzökonomie.

Die zweite Etappe (1992–1995/96) war durch einen zeitweiligen Wachstumsprozeß mit hohen Wachstumsraten, aber von einem niedrigen Niveau aus charakterisiert. In dessen Ergebnis verringerte sich der Abstand zu den alten Bundesländern in der Produktivität, in der Bruttonproduktion je Einwohner, in der Ausstattung mit moderner Infrastruktur und im Einkommens- und Verbrauchsniveau der Bevölkerung. In dieser Etappe wurde ein beträchtlicher Teil der Produktionsanlagen erneuert bzw. neue Produktionskapazitäten entstanden. Allerdings betrug die Wertschöpfung der ostdeutschen Industrieproduktion 1997 im Vergleich zur DDR 1989 weniger als 50%. Grundlage der jährlichen Zuwachsraten des BIP von 7–10% waren vor allem umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur und Produktionsmodernisierung, die im Rahmen der Wirtschafts- speziell der Investitionsförderung getätigt wurden und auf Investitionsverpflichtungen beruhten. Diese hatten Käufer des von der Treuhandanstalt verwalteten Vermögens abgegeben. Die Beschäftigungsentwicklung wurde jedoch von den Investitionen und vom Wirtschaftswachstum kaum positiv beeinflusst.

1996/97 brachen die Wachstumsprozesse ab. Die wirtschaftliche Dynamik bleibt trotz punktuell zeitweilig hohen Zuwächsen in der Industrie gering. Die Wirkungen der aus der DDR überkommenen insgesamt obsoleten Grundfonds und Disproportionen einerseits und der

überstürzten Währungsunion andererseits verlieren an Gewicht gegenüber der gegenwärtigen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik der Bundesregierung und vor allem gegenüber den im bisherigen Transformationsprozeß geschaffenen, zum großen Teil irreversiblen ökonomischen Tatsachen.

Bei 19% Bevölkerungsanteil weist Ostdeutschland bei wichtigen Indikatoren folgende Anteile auf: Bruttoinlandsproduktion 11%, Industrieproduktion 6%, Maschinen- und Fahrzeugbau/Elektrotechnik 4%, Export 2–3%, Forschung 3–4%, Grund- und Geldvermögen der privaten Haushalte ca. 6%. Die Wirtschafts- und speziell die Industriestruktur wie sie sich in den 7 Jahren nach der Vereinigung herausgebildet hat, die geringe Anzahl von Großbetrieben, die Eigenkapital- und Gewinnschwäche eines großen Teils der ostdeutschen KMU in Verbindung mit der Finanzschwäche der Länder und Kommunen geben keine ausreichende Grundlage für einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung. Hinzu kommen die weitgehende Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung von Entscheidungen westdeutscher Konzerne und Banken sowie die mehrmalige Reduzierung der Bundesmittel für Wirtschaftsförderung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Symptomatisch für die veränderte Situation seit 1996/97 sind nicht nur die niedrigen Zuwachsraten in Ostdeutschland. Noch 1995 von der Bundesregierung als dynamischste Wirtschaftsregion Europas gefeiert, gehören die neuen Bundesländer nunmehr zur Gruppe mit der niedrigsten Wirtschaftsdynamik in der EU. Kennzeichnend sind auch die wahrscheinlich größte Zunahme an Arbeitslosen in der EU im Zeitraum 1996–1998 und der starke Rückgang bei Investitionen in die Industrie – 1996 um 8% und 1997 voraussichtlich nochmals um 4%. Ostdeutschland hat sich als rückständige Krisenregion Deutschlands verfestigt. Die Aussichten, daß sich diese Situation wesentlich ändert, sind recht düster, insbesondere in Hinblick auf die Auswirkungen der geplanten Einführung einer gemeinsamen Währung in der Europäischen Union.

2. Grundprämissen eines alternativen Wirtschaftskonzepts

Grundlegende Prämissen für ein alternatives Wirtschaftskonzept für Ostdeutschland müssen insbesondere sein:

a. Solche sozialen und ökologischen Zielstellungen und Leitbilder für die Wirtschaftsentwicklung sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, die den Erfordernissen der Zukunftsfähigkeit und den spezifisch ostdeutschen Bedingungen entsprechen. Nicht eine nachholende Modernisierung oder ein „Aufholprozeß“ an sich stehen im Vordergrund, sondern

- Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere;

- Schritte zur Gleichstellung von Frauen,

- Integration am Arbeitsmarkt besonders benachteiligter Personengruppen in das Erwerbsleben,

- nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung und ökologischer Umbau;

- Stärkung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und einer regionalen Strukturentwicklung,

- Nutzung und Stärkung der kreativen und innovativen Potentiale für eine hohe Wertschöpfung und für perspektivische Arbeitsplätze, wofür die Förderung von Forschung, Entwicklung und Überleitung ihrer Ergebnisse in die Reproduktion wesentlich sind.

- Diese Schwerpunkte müssen in strukturpolitische Leitbilder und Entwicklungskonzepte für Länder und Regionen münden.

b. Die Konzentration auf die Schaffung neuer und den Erhalt vorhandener Arbeitsplätze sowie auf die Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen der Produktion, Dienstleistungen und Infrastruktur. Die Spezifik der ostdeutschen Wirtschaftsförderung muß im hohen Stellenwert aktiver, staatlicher Struktur- und Innovationspolitik bestehen. Wirtschaftsförderung muß auf den produzierenden Bereich, darunter vor allem auf eine innovative, zukunfts- und umweltorientierte Reindustrialisierung Ostdeutschlands gerichtet sein.

c. Eine höhere Verantwortung der Länder und Kommunen für einen zielgerichteten und effektiven Einsatz der Fördermittel im Rahmen regionaler Entwicklungskonzepte, die von konkreten, Struktur- und Innovationsvorstellungen (Leitbildern) ausgehen. Für ihre Realisierung ist die Stärkung der Finanzkraft der ostdeutschen Länder und vor allem der Kommunen unverzichtbar.

d. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher KMU, speziell innovativer Unternehmen, ist wesentlich für die Umsetzung regionaler Leitbilder und in diesem Kontext Gegenstand von Vorschlägen zur Wirtschaftsförderung und -gesetzgebung.

e. Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) auf der Grundlage von Beschäftigungsgesellschaften, ABM und anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, Alternativökonomie, Vereinen und sozialen und regionalen Organisationen ist unverzichtbar für alternative Konzepte. Diese müssen von Beginn an auf die Kooperation mit dem öffentlichen Dienst und anderen (privaten) Unternehmensformen, speziell mit den KMU zielen (auch und insbesondere im Handwerk).

f. Die verschiedenen Formen und Elemente des Gemeineigentums, die Produktivgenossenschaften, das kommunale und Landeseigentum, die Beteiligung der öffentlichen Hand an privaten Unternehmen, und die Verflechtungen zwischen Gemeineigentum und Privateigentum müssen in der Wirtschaftspolitik und

Wirtschaftsförderung einen besonderen Stellenwert einnehmen.

g. Die Reformierung der Wirtschaftsförderung muß in zwei Richtungen erfolgen: 1) in Richtung direkter Veränderung des gesamten Fördersystems, dessen Instrumente, Programme und deren Zusammenwirken und 2) in Richtung engerer Verflechtung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit regionaler Wirtschafts-, Ökologie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik.

h. Die stärkere Mitwirkung der Belegschaften und wirksamere öffentliche Einflußnahme auf die Wirtschaftsentwicklung müssen Charakteristika von wirtschaftspolitischen Konzepten der PDS sein. Dem Erhalt und der Stärkung der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

II. Regionale Wirtschaftsentwicklung – Chance und Herausforderung

1. Zum Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Regionalisierung

a. Bereits im Frühjahr 1997 haben wir in einer wirtschaftspolitischen Analyse herausgearbeitet, daß in Ostdeutschland die ökonomischen Voraussetzungen für eine sich selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zerstört sind. Regionale Wirtschaftszusammenhänge wiederzubeleben, sie mit der Schaffung neuer lebensfähiger Strukturen zu verbinden, wäre der zukunftsfähige Weg für Ostdeutschland. Diese Anstrengungen müßten durch solche gesellschaftliche Alternativstrategien unterstützt werden wie Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung öffentlicher Aufträge und Investitionen sowie öffentliche Förderung zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder.

Die Probleme in Ostdeutschland können ohne eine von Bonn bzw. Berlin aus gewollte und geförderte, aktive Struktur- und Regionalentwicklung nicht erfolgreich angegangen werden.

Daraus zieht die PDS allerdings keinesfalls einfach die Schlußfolgerungen daß sich PDS-Wirtschaftspolitik primär auf die Formulierung von Forderungen gegenüber dem Staat konzentriert bzw. beschränkt oder sich darin erschöpft, aufzuzeigen, was die Bundes- und Landesregierungen tun müßten, aber eben nicht tun.

b. Die PDS muß ihre wirtschaftspolitischen Aufgaben im Spannungsfeld von Globalisierung und gleichzeitiger Regionalisierung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Probleme und Entwicklung finden. Will sie wirklich „Druck von unten“, aus den Kommunen und Regionen entwickeln bzw. stärken, muß sie Region als „Problemlösungs- und Kooperationsregion“ verstehen und ein Gegen-Leitbild zur weltmarktfixierten Modernisierung entwickeln. Besonders in ländlichen Räumen (Regionen) gibt es Möglichkeiten, in Kooperation mit den Ballungszentren und durch das regionale

Zusammenwirken von Land- und Ernährungswirtschaft, Anbau und Nutzung nachwachsender Rohstoffe, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen und Touristik, regionale Wirtschaftskreisläufe zu organisieren. Es gilt, integrierte regionale Entwicklung zu konzipieren und darum zu ringen, daß die in der Region vorhandenen Ressourcen und Potenzen maximal genutzt werden, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort und weltweit, heute und künftig zu heben. Es geht um Selbsthilfe, Organisation regionaler Wertschöpfung und Ressourcenkreisläufe und um die Gestaltung überregionaler sowie internationaler Arbeitsteilung.

Dort, wo es die PDS gibt, muß sie für die Kommune, für die Region Leitbilder im Sinne der Lokalen Agenda 21, regionale Entwicklungskonzepte entwickeln helfen. Die Vorstände und Fraktionen der PDS sollten Mitglieder und Sympathisierende dazu ermutigen, sie unterstützen und so konzeptionelle Arbeit für integrierte Entwicklung in den Regionen und Ländern befördern. Es ist dann Aufgabe des Bundesvorstandes, in Kooperation mit der Bundestagsgruppe, den Landesvorständen und Landtagsfraktionen auf der Grundlage gesammelter Erfahrungen und neuer Einsichten weitere wirtschaftspolitische Vorschläge und Forderungen für Ostdeutschland abzuleiten.

Im Kontext damit sollten auf jeder Ebene die bisherigen Positionen zur Veränderung der politischen Rahmenbedingungen überprüft und fortgeschrieben werden, so daß die PDS konkret und adressiert ihre jeweiligen Forderungen zur Realisierung der konkreten Konzepte auf den jeweiligen Ebenen formulieren und artikulieren kann.

c. Das im Punkt b. beschriebene Herangehen bietet Chancen und ist eine Herausforderung sowohl für ressortübergreifende Kooperation aller PDS-Gremien auf allen Ebenen als auch für ihre Bündnispolitik. Schließlich gilt es, die Akteure für nachhaltige integrierte Regionalentwicklung zu finden, zu interessieren und für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Dabei ist eine eventuelle Mit- und Zusammenarbeit in internationalen Netzwerken wie „Netzwerk Gesunder Städte“, Leader, Partner/Delos usw. attraktiv und wünschenswert. Schließlich will sie „ein Europa von unten“ und ist internationalistische Partei.

Das Ringen um Bündnisse sowie regionale und überregionale Kooperation und Gestaltung ist für die PDS auch eine gute Möglichkeit, sich weiter zu verankern und als Vertreterin ostdeutscher Interessen, im Sinne von Organisatorin für Veränderungen der Bundesrepublik von Ostdeutschland aus, zu profilieren.

2. In diesen Zusammenhängen in den Kommunen zu klärende Fragen

- An welche Traditionen kann die regionale Entwicklung anknüpfen? Welche

Arbeitsplatz- und Marktwirksamkeit wären zu erwarten? Wie verhalten sich die Traditionen zu den Anforderungen moderner Märkte?

- Sind die verschiedenen Förderwege/-fonds bekannt? Wie sind die Erschließung dieser Mittel bzw. Beratung zur Inanspruchnahme dieser Mittel organisiert?

- Wie kann das analytische Potential der Verwaltung genutzt werden, um die eigenen Kenntnisse über Daten zur Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftsförderung- und/oder Mittelstandsberichten qualifiziert vorbereiten und die Berichte entsprechend auswerten zu können?

- Welche Konzeptionen zur regionalwirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und beschäftigungspolitischen Entwicklung der Region liegen bereits vor, wie sind sie verknüpft?

- Ist die Kommune/der Kreis Gesellschafter von Unternehmen, auch von Beschäftigungsgesellschaften? Wer bestimmt, nach welchen Grundsätzen diese Gesellschafterfunktion ausgeübt wird? Existieren Vorstellungen über die mittel- und langfristige Entwicklung der Gesellschaften? Wer übt die Gesellschafterfunktion konkret aus?

- Wird über genaue Aussagen über die Qualität laufender beschäftigungspolitisch wirksamer Projekte verfügt? Existieren Aussagen über die beschäftigungspolitische Wirksamkeit der Projekte (Übergang in den ersten Arbeitsmarkt)? Inwiefern beinhalten diese Aussagen die besonders komplizierten Bedingungen der arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen, d. h. der in dieser Gesellschaft besonders Diskriminierten? Tragen laufende Projekte hinsichtlich ihrer Themenstellung/ihrer Arbeitsfeldes Ausgründungspotentiale in sich?

- Wer sind PartnerInnen, bei der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorstellungen? Welche Bindeglieder existieren zwischen den PartnerInnen, wie kann eine derartige Zusammenarbeit institutionalisiert werden? Wie sind die Erfahrungen etwa Runder Tische dabei zu bewerten? Welche Vorstellungen haben die Gewerkschaften in der Region zu diesem Thema entwickelt?

- Existieren Kooperationsbeziehungen zwischen Akteuren des ersten und zweiten Arbeitsmarktes?

- Nach welchen Prämissen und durch wen erfolgt die Verwertung kommunalen Vermögens? Wird kommunales Vermögen zur Sicherung regional- und beschäftigungspolitischer Vorhaben ausgenutzt, um ExistenzgründerInnen bzw. Ausgründungen aus Beschäftigungsgesellschaften bankübliche Sicherheiten zu verschaffen?

- Nach welchen Grundsätzen werden Aufträge in der Kommune/im Kreis vergeben?

- Ist bekannt, wie sich die regionale Sparkasse bei der Vergabe von Krediten verhält? Wer sind die zuständigen PartnerInnen in der Sparkasse?



Reinhard Opitz, * 1934, † 1986

Dr. phil., Publizist

Veröffentlichungen:

„Der deutsche Sozialliberalismus 1917–1933“, Köln 1973

„Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945“ (Hrsg.), Köln 1977

„Faschismus und Neofaschismus“, Frankfurt 1984

Zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden, insbesondere zu Fragen der Faschismuskritik und der Geschichte des deutschen Faschismus

Edition Reinhard Opitz

Letzter Versuch

So nennen Georg Fülberth und Rainer Rilling ihren Aufruf, auf dem Wege der Subskription ein publizistisches Projekt zu retten: unveröffentlichte Arbeiten des 1986 verstorbenen marxistischen Gesellschaftswissenschaftlers Reinhard Opitz herauszugeben. Auf die bekannten Werke von Opitz, vor allem „Faschismus und Neofaschismus“ und „Europastrategien des deutschen Kapitals“ wurde wiederholt in diesem Heft (im „Freidenker“, d. Red.) aufmerksam gemacht, und ihre Analysen sind, gerade im Hinblick auf den neuerlichen deutschen Drang nach Südost, unverzichtbare Orientierung für antifaschistisches und antiimperialistisches Handeln

Diese beiden Werke machen nach den Worten von Fülberth und Rilling lediglich „einen kleinen Teil dessen aus, was Opitz in seinem recht kurzen Leben geschrieben hat. Seine meisten Arbeiten sind heute entweder nicht mehr greifbar, oder er hat sie ungedruckt in der Schublade versenkt.“

Im Nachlaß fanden sich 6.000 Seiten. Eine Gruppe von SelbstausbeuterInnen hat sie gesichtet, abgetippt, kommentiert und die Hälfte des Materials in drei Bänden zusammengefaßt. Der erste enthält Studien zu Liberalismus und Integration, der zweite Arbeiten zum Faschismus und der dritte ein ganzes bislang unveröffentlichtes Buch: Über die Röhm-Affäre.

Wohlgemerkt: Das ist nur ein Teil des Nachlasses, und die drei umfangreichen Schriften über Sozialliberalismus, Faschismus und Neofaschismus sowie Europastrategien des Kapitals sind in der neuen Edition nicht wieder abgedruckt. Es handelt sich also um bislang weitgehend unbekanntes Ma-

terial. Wer es studiert, weiß hinterher, wozu der Liberalismus so alles fähig war und ist, daß der deutsche Faschismus nicht verloren hat und daß das Blutbad ein Ausdruck des Pluralismus ist.

Die Ankündigung von einst, ab 1995 würden die drei Bände in schneller Folge erscheinen, war geprahlt. Seit Charles Fourier blamiert sich unsereins immer wieder einmal mit der Hoffnung, Schlag zwölf Uhr werde ein reicher Mann in die Stube treten, einen Beutel Geld überreichen und danach ergeben auf seine Enteignung warten.

Das Selbstausbeutungskommando „Edition Reinhard Opitz“ griff deshalb zum letzten Mittel: der Subskription. Die drei Bände können erscheinen, wenn 150 Exemplare bestellt wurden. Da hängt es noch, und dies liegt wohl am unvermeidlich hohen Preis: 298 DM.

Die Subskriptionsfrist ... ist nunmehr verlängert worden: bis zum 31. Januar 99. „Es ist der letzte Versuch, bevor die Typoskripte der nagenden Kritik der Mäuse überlassen, im Internet beerdigt oder in die Lahn geworfen werden.“

Was ist also zu tun? Man schreibe an den Verlag und erbitte „die Kurzinformation über den Inhalt der Edition Reinhard Opitz mit dem Subskriptionsformular“, dieses sollte man bitte vor dem 31.1.99 wieder ausgefüllt zurücksenden:

**BdWi-Verlag,
Postfach 543,
35017 Marburg.
Fax: 0 64 21 / 2 46 54,
Email: bdwi@bdwi.org**

aus: Freidenker Nr. 4-98, November 98

Bundesweites Treffen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen in Erfurt – Kampagne gegen CDU/CSU-Unterschriftensammlung tritt in Aktion

Rund 80 Personen verschiedenster Nationalitäten, aus Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen sowie von politischen Gruppen und Menschenrechtsinitiativen kamen am 16./17.1. auf Einladung von The Voice (Africa Forum, Jena) und Flüchtlingsrat Thüringen im Haus der Gewerkschaften in Erfurt zusammen.

Es wurde beschlossen, im Sommer eine zweite, größere Karawane durchzuführen. Sie soll in Verbindung mit anderen Bündnissen und sozialen Bewegungen stehen ... Die derzeitige Hauptaktivität ist allerdings, unsere Proteste gegen die Unterschriftensammlung der CDU/CSU zu koordinieren ...

Die nächste bundesweite Konferenz der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen findet von 27./28. Februar in Oldenburg statt.

KONTAKT: The Voice (Africa Forum) Jena – Tel: 03641-449304 – Fax: 03641-420270

23. Januar 1999: F.D.P.-Europatag zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl, Kongreßzentrum in **Frankfurt/M.**

23./24. Januar 1999: *Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen* gegen Erwerbslosigkeit in **Köln**

7. Februar 1999: *Landtagswahl* **Hessen**

9. Februar 1999: *100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen* der Arbeitslosen-Gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

20. Februar: 13 Uhr: *Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis „Kurdistan-Rundbrief“* in **Köln**, Jugendgästehaus. Nähere Infos bei GNN-Verlag Berlin.

20. Februar: Freiheit für Mumia Abu-Jamal. Bundesweite Demonstration in **Hamburg**.

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in **Suhl (Thüringen)** stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: *Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* in **Köln**

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der F.D.P. in **Bremen**

4./5. Juni 1999: *EU-Rat* in **Köln**. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

6., Juni 1999 *Bürgerschaftswahl* in **Bremen**

13. Juni *Europawahlen, Kommunalwahlen* in **Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen**

18./20. Juni: *Weltwirtschaftsgipfel* in **Köln**. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: *Europawahlen*

5. September: *Landtagswahl* in **Brandenburg**

12. September: *Kommunalwahlen* in **NRW, Landtagswahlen** in **Thüringen**

19. September: *Landtagswahl* in **Sachsen**

10. Oktober: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen* in **Berlin**

24. Oktober: *Kommunalwahlen* in **Baden-Württemberg**

Herbst: *Landtagswahlen* im **Saarland** und in **Thüringen**

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis *Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart*. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Wieder:
"Helm ab zum Gebet"?
Nein!
Protest auf der Domplatte



Gegen Soldatengottesdienste, Aufrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft

Aktuelle Broschüre, 116 Seiten, Format A4, mit vielen Bildern, zu beziehen über:
Kay Hecht, Merowinger Str. 31, 50677 Köln
Preis 12 DM

KAZ

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.290 2 DM

Militarisierung

Was ist Militarismus – und wozu wird er gebraucht

erscheint vierteljährlich
Einzelheft 2 DM
Jahresabo 15 DM

Redaktion der
Kommunistischen Arbeiterzeitung
Schweppermannstr. 19
90408 Nürnberg
Tel/Fax: 09 11- 35 69 13